

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2000

Weltwirtschaft im Aufschwung	1
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	13
Offensivere Wirtschaftspolitik erforderlich	21

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/2000

Berlin

5. Januar 2000

67. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2000

Weltwirtschaft im Aufschwung

Im Jahre 1999 hatte die Weltwirtschaft die Folgen der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten weitgehend überwunden. In den Entwicklungs- und Schwellenländern war die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder aufwärts gerichtet, und auch in den Industrieländern gewann die Konjunktur erneut an Schwung.

Besonders ausgeprägt war die wirtschaftliche Dynamik in den asiatischen Krisenländern, nicht zuletzt infolge einer expansiven Fiskal- und einer weniger restriktiven Geldpolitik. Mittlerweile scheinen dort die Impulse zu einem sich selbst tragenden Aufschwung zu führen. In Südamerika nahm die Produktionstätigkeit im Verlauf des zweiten Halbjahres wieder zu. Allerdings konnte das Vorjahresniveau noch nicht wieder erreicht werden. Für diese Region besteht nach wie vor Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung. In den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten gewann die gesamtwirtschaftliche Expansion ebenfalls an Fahrt. Allerdings entstehen, nicht zuletzt als Folge des Zusammenwirkens von Wechselkursbindung und zu hohen Kosten- und Preissteigerungen, mittlerweile erhebliche Leistungsbilanzdefizite.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern ist nach wie vor von einem deutlichen Konjunkturgefälle zwischen den großen Wirtschaftsräumen USA, Japan und Europa geprägt. Die US-amerikanische Wirtschaft weist entgegen vielen Erwartungen immer noch eine kräftige konjunkturelle Dynamik auf. Diese dürfte sich in die-

sem Jahr — wenn auch abgeschwächt — fortsetzen. In Japan reichte die Vielzahl von fiskalpolitischen Programmen in den beiden vergangenen Jahren nicht als Initialzündung für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung aus. Hier dürfte auch in diesem Jahr die Expansion noch verhalten bleiben, da die Strukturreformen im Finanzsektor erst allmählich greifen. Die Erhöhung des Wachstumspotentials wird sich vielmehr erst im nächsten Jahr positiv auswirken. In Europa zog die Konjunktur wieder kräftiger an, nachdem die von der Außenwirtschaft ausgehenden dämpfenden Einflüsse überwunden worden waren. Für dieses Jahr ist mit einer Beschleunigung des Aufschwungs zu rechnen (Tabellen 1 und 2).

Die drei großen Wirtschaftsräume der Weltwirtschaft befinden sich — wie über die ganzen neunziger Jahren hinweg — in unterschiedlichen Phasen eines Konjunkturzyklus. Die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Regionen steht damit vor unterschiedlichen Herausforderungen. In den USA muß insbesondere die Geldpolitik bei hoch ausgelasteten Kapazitäten einer weiteren Beschleunigung der Inflation vorbeugen und den eingeschlagenen restriktiven Kurs fortsetzen. In Europa dagegen bleiben die Kapazitäten eher unterausgelastet, und eine Gefahr für die Preisstabilität ist nicht in Sicht. In Japan herrschen nach wie vor sogar deflationäre Tendenzen. Die Wirtschaftspolitik in diesen beiden Regionen steht damit vor der Aufgabe, den Aufschwung zu unterstützen, damit die Arbeitslosigkeit auch hier nachhaltig bekämpft werden kann. Dies

Tabelle 1

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Inlandsnachfrage und der Verbraucherpreise
in den westlichen Industrieländern
in Landeswährung**

	Gewichte ¹⁾ 1998 in %		BIP real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise ³⁾		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
	BIP	Deutsche Ausfuhr	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Deutschland	9,9	-	2,2	1,3	2,4	2,5	1,6	1,8	0,6	0,9	1,1
Frankreich	6,7	15,0	3,4	2,5	3,5	3,8	2,7	3,5	0,7	1,0	1,2
Italien	5,4	10,0	1,4	1,3	2,4	2,6	2,5	2,3	2,0	1,5	1,8
Spanien	2,7	5,4	4,0	3,7	3,8	5,0	4,9	4,1	1,8	2,3	2,3
Niederlande	1,7	9,5	3,7	3,5	3,3	4,2	3,4	3,2	1,8	2,2	2,3
Belgien	1,1	7,7	2,9	1,9	3,1	4,2	0,9	3,1	0,9	1,2	1,3
Österreich	1,0	7,3	3,3	2,1	2,7	2,7	3,0	1,9	0,8	0,7	1,1
Finnland	0,6	1,4	5,6	3,9	4,0	5,2	3,7	3,2	1,5	1,3	1,4
Portugal	0,5	1,5	3,5	2,9	3,2	6,3	4,8	3,1	2,7	2,3	2,3
Irland	0,4	0,7	8,9	7,9	6,9	9,5	6,7	6,5	2,2	2,2	2,5
Luxemburg	0,1	-	5,7	3,1	3,2	5,6	2,6	3,1	1,0	1,2	1,2
EWU-Länder	30,1	-	2,8	2,1	3,0	3,4	2,6	2,7	1,1	1,3	1,5
EWU-Länder ohne Deutschland	20,2	-	3,2	2,5	3,3	3,9	3,1	3,2	1,4	1,5	1,7
EWU-Länder ohne Deutschland ⁴⁾	-	58,5	3,2	2,5	3,2	3,9	2,9	3,1	1,3	1,4	1,6
Großbritannien	6,4	11,6	2,2	1,6	2,4	4,3	3,3	3,1	1,6	1,5	2,1
Schweden	1,1	3,1	2,6	3,2	3,3	3,4	3,1	3,5	1,0	1,1	1,0
Dänemark	0,8	2,3	2,7	1,5	2,0	4,6	1,7	2,2	1,4	2,0	2,2
Griechenland	0,5	1,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,3	3,2	4,6	2,6	2,4
Europäische Union	38,9	-	2,7	2,1	2,9	3,6	2,7	2,8	1,3	1,3	1,6
Europ. Union ohne Deutschland	29,0	-	2,9	2,3	3,0	3,9	3,1	3,1	1,5	1,5	1,8
Europ. Union ohne Deutschland ⁴⁾	76,5	3,0	2,4	3,0	3,9	2,9	3,1	1,4	1,5	1,7	
Schweiz	1,2	6,0	2,1	1,5	2,2	4,0	1,7	2,4	0,1	0,6	0,6
Norwegen	0,7	1,2	2,1	1,0	3,0	5,8	0,4	1,7	2,0	2,2	2,1
Westeuropa	40,8	-	2,7	2,0	2,8	3,6	2,6	2,8	1,2	1,3	1,6
USA	39,0	12,7	4,3	3,9	3,0	5,5	5,0	3,2	1,6	2,1	2,5
Kanada	2,8	1,0	3,1	3,6	3,3	2,2	3,9	4,1	1,0	1,8	2,3
Japan	17,4	2,6	-3,0	0,8	0,5	-3,6	1,0	0,2	0,7	-0,2	0,0
Außereurop. Industrieländer	59,2	-	2,1	2,9	2,2	2,8	3,8	2,4	1,3	1,4	1,8
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	-	16,3	3,1	3,4	2,6	3,9	4,3	2,8	1,4	1,7	2,1
Insgesamt	100,0	-	2,3	2,6	2,5	3,1	3,3	2,6	1,3	1,4	1,7
Insgesamt ohne Deutschland	90,1	-	2,4	2,7	2,5	3,2	3,5	2,6	1,4	1,4	1,7
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾	-	100,0	2,9	2,5	2,9	3,9	3,1	3,0	1,3	1,5	1,7

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1998 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1998; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW für die EWU-Länder durchgeführt.

kann nur gelingen, wenn die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stabil bleiben. Ein Risiko diesbezüglich entsteht durch das aufgrund des Konjunkturgefälles gestiegenen Leistungsbilanzdefizits in den USA. Sollte das Vertrauen der internationalen Kapitalanleger verloren gehen,

ginge der damit verbundene Kapitalabfluss mit deutlichen Zinserhöhungen in den USA einher und hätte zudem eine drastische und anhaltende Abwertung des US-Dollar zur Folge. Dies würde nicht nur die Konjunktur in den USA, die derzeit noch auf einen hohen Zustrom an Kapital angewie-

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
in Landeswährung; reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Verbrauch			öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Deutschland	2,3	1,9	2,3	0,5	0,5	0,1	1,4	1,9	2,6	7,0	3,4	9,0	8,5	4,8	7,1
Frankreich	3,6	2,1	3,4	1,0	1,1	1,9	6,2	7,1	6,2	7,2	2,7	5,5	9,5	3,8	5,8
Italien	1,8	1,4	2,2	1,3	2,3	1,9	3,4	2,0	4,5	1,3	-1,0	5,3	6,1	3,2	4,9
Spanien	4,1	4,4	3,7	2,0	1,2	1,0	9,2	9,6	7,2	7,1	6,3	6,8	11,1	10,6	7,4
Niederlande	4,1	4,2	3,6	3,3	2,1	1,6	5,2	4,0	3,1	6,4	4,6	4,3	7,7	4,5	4,3
Belgien	3,3	1,9	2,0	2,4	1,5	1,2	3,8	3,9	3,8	5,0	-0,1	2,4	6,9	-1,6	2,4
Österreich	1,7	2,0	2,5	1,3	1,4	1,3	4,7	4,6	4,8	7,9	2,0	7,5	6,7	4,1	5,9
Finnland	5,6	3,7	3,5	1,5	0,6	0,7	9,5	6,5	6,3	9,6	2,4	6,5	9,4	1,5	5,2
Portugal	5,6	4,4	3,5	3,3	2,0	1,9	9,7	6,3	6,0	7,8	-1,9	5,3	14,3	3,8	4,6
Irland	7,4	7,3	6,6	5,9	2,8	2,7	16,8	9,6	9,2	20,5	9,2	8,9	23,2	8,0	8,7
Luxemburg	3,8	2,3	2,8	4,0	2,9	3,0	9,7	4,6	4,9	8,3	2,7	3,6	8,5	2,2	3,6
EWU-Länder ¹⁾²⁾	3,0	2,3	2,8	1,2	1,1	1,1	4,2	4,3	4,5	6,4	2,6	6,7	8,6	4,1	6,1
EWU-Länder ohne Deutschland ¹⁾²⁾	3,3	2,6	3,1	1,7	1,5	1,7	6,1	5,7	5,5	6,3	2,5	5,3	8,9	4,0	5,2
Großbritannien	3,4	4,0	3,0	1,0	3,6	2,8	9,9	4,4	2,1	2,0	-0,2	1,7	8,4	4,8	3,8
Schweden	2,4	3,4	3,3	1,0	1,5	1,5	9,2	5,0	6,5	6,9	5,0	6,0	9,7	5,0	7,0
Dänemark	3,5	2,0	2,5	3,0	1,5	1,0	6,9	2,0	2,0	1,4	1,5	4,0	6,4	2,0	4,5
Griechenland	2,0	2,3	2,8	0,5	0,0	0,0	9,5	9,0	9,0	6,5	5,5	6,5	5,0	6,0	6,0
Europäische Union	3,0	2,7	2,8	1,2	1,6	1,4	5,5	4,4	4,2	5,8	2,3	5,7	8,7	4,3	5,5
Europäische Union ohne Deutschland	3,2	2,9	3,0	1,5	1,9	1,9	7,0	5,3	4,8	5,4	2,0	4,7	8,7	4,2	5,0
Schweiz	1,8	1,5	2,0	0,6	0,5	0,2	3,8	3,0	4,0	4,1	3,0	4,0	8,8	3,5	4,5
Norwegen	3,1	2,0	2,5	3,7	1,0	2,0	8,1	-8,0	-5,5	0,5	3,0	5,5	9,1	2,0	3,0
Westeuropa ¹⁾	3,0	2,6	2,8	1,3	1,6	1,4	5,5	4,1	4,0	5,6	2,4	5,6	8,7	4,2	5,4
USA	4,9	5,1	3,1	1,3	2,4	3,0	10,8	8,7	4,7	2,2	3,6	8,8	11,6	12,1	9,4
Kanada	2,8	2,8	3,7	1,7	1,6	2,3	3,6	9,7	6,6	8,2	7,7	5,1	5,8	8,6	7,4
Japan	-0,6	1,7	1,3	0,7	1,3	1,0	-7,4	-1,2	-2,5	-2,5	2,0	7,8	-7,6	4,0	6,9
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	3,3	4,1	2,7	1,2	2,1	2,5	3,7	5,0	2,1	1,9	3,8	8,0	6,8	9,9	8,6
Insgesamt ¹⁾	3,2	3,5	2,7	1,2	1,8	2,0	4,4	4,7	2,8	4,3	2,9	6,5	8,0	6,5	6,6
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	3,3	3,7	2,8	1,3	2,0	2,2	4,7	5,0	2,9	3,8	2,8	6,1	7,9	6,7	6,6

¹⁾ Gewichte 1998 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1998 (Jahresdurchschnitt); Export- und Importentwicklung: Gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder. — ²⁾ Exporte und Importe einschl. Binnenhandel.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW für die EWU-Länder durchgeführt.

sen ist, merklich dämpfen, sondern auch Japan und Europa in Mitleidenschaft ziehen. Die Folgen wären hier sehr viel dramatischer, da in den USA ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von sehr niedrigem Niveau ausgehen würde. Für Japan wäre die langsame Stabilisierung extrem gefährdet und für Europa wäre dies — würde die EZB nicht deutlich gegensteuern — mit einer erneuten Verzögerung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbunden. Trate eine solche Entwicklung ein, blieben die entscheidenden wirt-

schaftspolitischen Probleme Europas und Japans weiterhin bestehen.

Rasche Erholung in Asien

In den asiatischen Krisenländern zeichnet sich für 1999 eine überaus kräftige gesamtwirtschaftliche Erholung ab (Tabelle 3). Insbesondere in den Volkswirtschaften, die

Tabelle 3

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise
in den asiatischen Ländern**

	Gewicht in %	Bruttoinlands- produkt			Verbraucherpreise		
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %					
		1998	1999	2000	1998	1999	2000
Südkorea	20,3	-5,8	7,0	6,5	7,5	1,2	3,0
Taiwan	11,4	4,8	5,5	4,0	1,7	0,4	2,0
Indonesien	9,6	-13,7	-4,0	0,0	57,6	1,6	15,0
Thailand	7,7	-8,0	2,5	3,5	8,1	-0,5	5,0
Hongkong	6,4	-5,1	0,5	2,0	2,7	-4,2	1,0
Malaysia	4,1	-6,3	3,5	5,0	5,2	2,1	5,5
Singapur	3,9	1,3	4,0	2,0	-0,3	1,5	1,5
Philippinen	3,5	-0,5	2,5	3,0	9,0	5,4	7,0
Zusammen ¹⁾	66,9	-4,7	3,4	3,8	12,8	0,7	4,9
China	33,1	7,8	7,0	6,0	-0,8	-0,6	2,5
Insgesamt ¹⁾	100,0	-0,5	4,6	4,5	8,3	0,3	4,1

¹⁾ Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1997.
Quellen: IWF; OECD; 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

stark von den Folgen der Finanzkrise betroffen waren, kam es nach einem erneuten wirtschaftspolitischen Kurswechsel der Finanzpolitik zu einer deutlichen Nachfragebelebung im Inland, obwohl Schritte zur Sanierung des Unternehmens- und Bankensektors eingeleitet wurden.

Zur Verbesserung der Governance-Strukturen wurde in vielen Fällen die Entflechtung von Unternehmen im Banken- und Staatssektor vorangetrieben. Die Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen zielt auf eine Stärkung der privaten Haftung für unternehmerische Entscheidungen. Damit ist allerdings auch ein Abbau von Arbeitsplätzen verbunden, da unter diesen Bedingungen erhebliche Effizienzsteigerungen angestrebt werden. Der fiskalpolitische Handlungsspielraum, der vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die öffentlichen Haushalte vor der Krise in der Regel ausgeglichen waren, wurde oftmals zum Aufbau eines sozialen Sicherungssystems genutzt; nach dem finanzpolitischen Kurswechsel liegt das Defizit der öffentlichen Haushalte in mehreren Ländern nunmehr über der 5%-Marke.

Bei in der Tendenz steigenden realen Wechselkursen gegenüber US-Dollar und Yen sanken die Leistungsbilanzüberschüsse. Bemerkenswert ist, dass sich sowohl in Volkswirtschaften, die an den Programmen des Internationalen Währungsfonds teilgenommen haben, als auch in Malaysia, das mit der Kontrolle von Kapitalzuflüssen einen Sonderweg eingeschlagen hat, durchaus parallele Entwicklungen abzeichnen. In China verlor die gesamtwirtschaftliche Entwicklung an Dynamik. Hier zeigen sich inzwischen erhebliche Effizienz- und Anpassungsprobleme, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in dem beachtlichen Bestand an Not leidenden Krediten finden.

Für den Prognosezeitraum wurde angenommen, dass die vormaligen Krisenländer an der nur leicht restriktiven

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Ostmitteleuropa

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹⁾		
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %						in %		
		1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Bulgarien	3,6	3,4	1,0	2,0	23,7	2,5	5,0	12,2	15,0	14,0
Estland	0,7	4,0	0,0	3,0	8,2	2,9	2,0	9,6	10,5	10,0
Lettland	1,7	3,6	-1,0	2,0	5,1	2,9	2,0	9,2 ³⁾	10,0 ³⁾	9,0 ³⁾
Litauen	3,2	5,2	-1,5	2,0	4,7	1,0	3,0	6,4 ³⁾	7,5 ³⁾	7,0 ³⁾
Polen	41,9	4,8	3,5	4,5	11,8	8,1	6,0	10,4	12,5	12,0
Rumänien	11,1	-7,3	-5,0	-3,0	59,1	51,0	42,0	10,3	11,5	12,0
Slowakei	5,4	4,4	2,0	2,0	6,7	9,0	7,0	15,6	16,7	17,0
Slowenien	5,2	4,0	3,8	4,0	7,9	8,5	7,0	14,5	14,0	13,0
Tschechien	14,6	-2,7	-0,5	1,0	10,7	2,8	3,0	7,5	9,0	10,0
Ungarn	12,6	5,1	4,0	4,5	14,3	10,5	8,0	9,1	9,2	8,0
Insgesamt ²⁾	100	2,3	1,6	2,8	-	-	-	-	-	-
Nachrichtlich: Exportgewichtet ⁴⁾	-	2,9	1,1	2,7	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Stand am Jahresende. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1998. — ³⁾ Nationale Angaben, nicht vergleichbar mit der ILO-Methodik. — ⁴⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1998.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen. 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

Geldpolitik und an einer in der Tendenz eher expansiven Fiskalpolitik festhalten sowie die Reformen im Banken- und Unternehmenssektor weiter vorantreiben; die reale Aufwertung der Währungen dürfte sich zudem weiter moderat fortsetzen. Unter diesen Rahmenbedingungen wird im Jahre 2000 das Bruttoinlandsprodukt in dieser Region — ohne Berücksichtigung der Entwicklung in China — etwas stärker als 1999 zunehmen.

Fragile Aufwärtsentwicklung in Japan

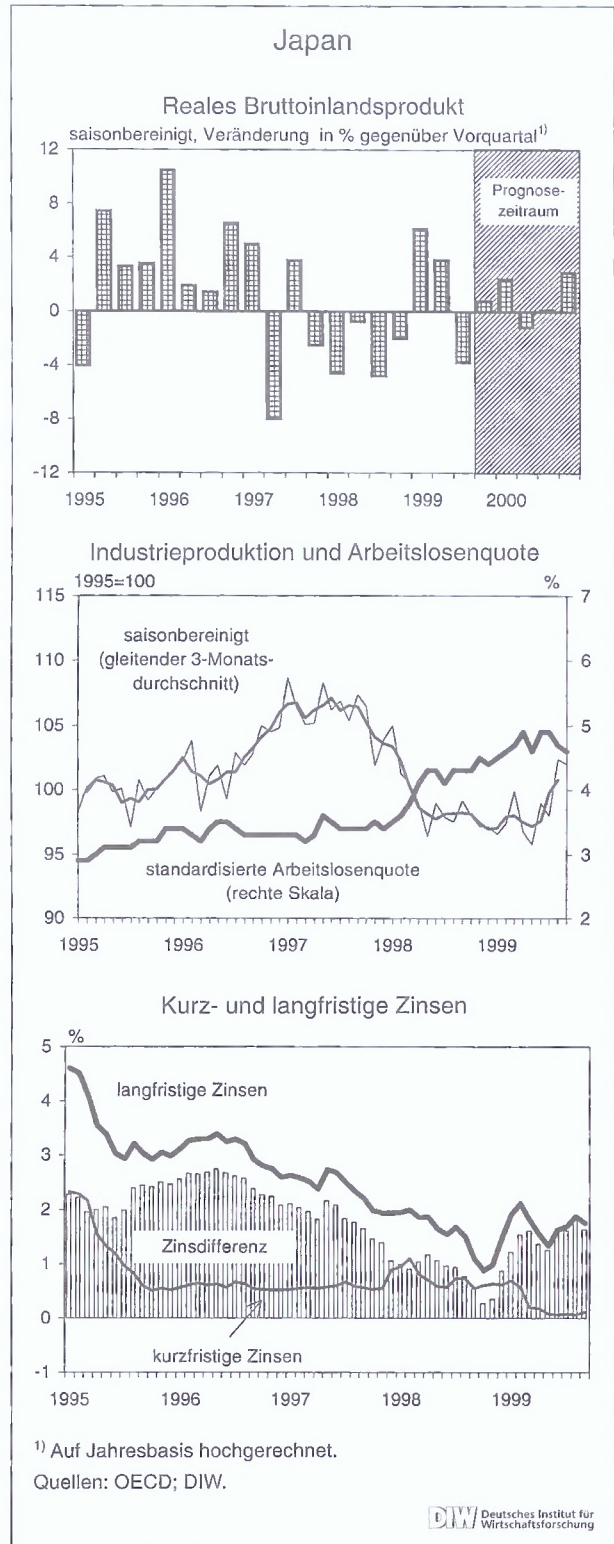
Zwar konnte Japan 1999 nach Jahren der Rezession einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ausweisen. Dies ist aber noch kein Zeichen für eine durchgreifende konjunkturelle Stabilisierung, sondern weitgehend Ausdruck der umfangreichen Stimulierungsmaßnahmen der Regierung. Die Wirkung der fiskalischen Impulse hat im Jahresverlauf deutlich nachgelassen: Nach Zuwächsen in den ersten beiden Quartalen war im dritten Quartal 1999 ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. Dass dieser nicht noch deutlicher ausfiel, war bei einer zuletzt rückläufigen Inlandsnachfrage vor allem der Belebung der Exporttätigkeit zuzuschreiben. Diese ist maßgeblich auf die Erholung in den asiatischen Krisenländern zurückzuführen.

Die expansiven Wirkungen der Geld- und Fiskalpolitik werden in einem durch einen notwendigen Strukturwandel geprägten Umfeld stark gebremst. Im vergangenen Jahr wurde die für die zukünftige Entwicklung wichtige Sanierung des Bankensektors vorangetrieben; die positiven Wirkungen werden aber erst mittelfristig wirksam. Die Kredite der Banken an den Privatesektor nahmen weiter ab. Die in Angriff genommene Reform des Bankensektors kommt einem Rückzug des Staates aus der Haftung für die Kreditvergabeentscheidungen gleich. Die zur Effizienzverbesserung im Unternehmens- und Bankensektor ergriffenen Reformmaßnahmen, die letztendlich auf die Herstellung der Einheit von Entscheidungskompetenz und Haftung zielen, werden in der Anpassungsphase zunächst noch dämpfend wirken, weil die Banken bei der Vergabe neuer Kredite noch zurückhaltend agieren werden.

Der Yen hat sich gegenüber dem Dollar und Euro aufgewertet. Dies erhöht die Chance für eine verstärkte Liquiditätszufuhr und den Übergang auf eine angesichts der anhaltenden deflationären Tendenzen unumgängliche Reinflationierungspolitik seitens der Zentralbank, da das Vertrauen der internationalen Kapitalanleger in die japanische Wirtschaft hoch ist.¹ Die Effekte einer solchen Strategie auf die langfristigen Zinsen dürften in diesem Umfeld begrenzt sein.

Da keine weiteren expansiven Impulse von der Finanzpolitik zu erwarten sind und die Geldpolitik sich noch nicht zu einem dezidierten Reinflationierungskurs entschlossen hat, wird sich die Konjunktur in Japan zunächst leicht abschwächen.

Abbildung 1



sen hat, wird sich die Konjunktur in Japan zunächst leicht abschwächen.

¹ Vgl. Japan: Kann die Deflationsgefahr gebannt werden? Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/99.

Die Exporte werden durch die Erholung in den asiatischen Krisenländern zunächst noch stimuliert. Die Importdynamik geht vorrangig auf die Aufwertung zurück.

USA weiter auf Expansionskurs

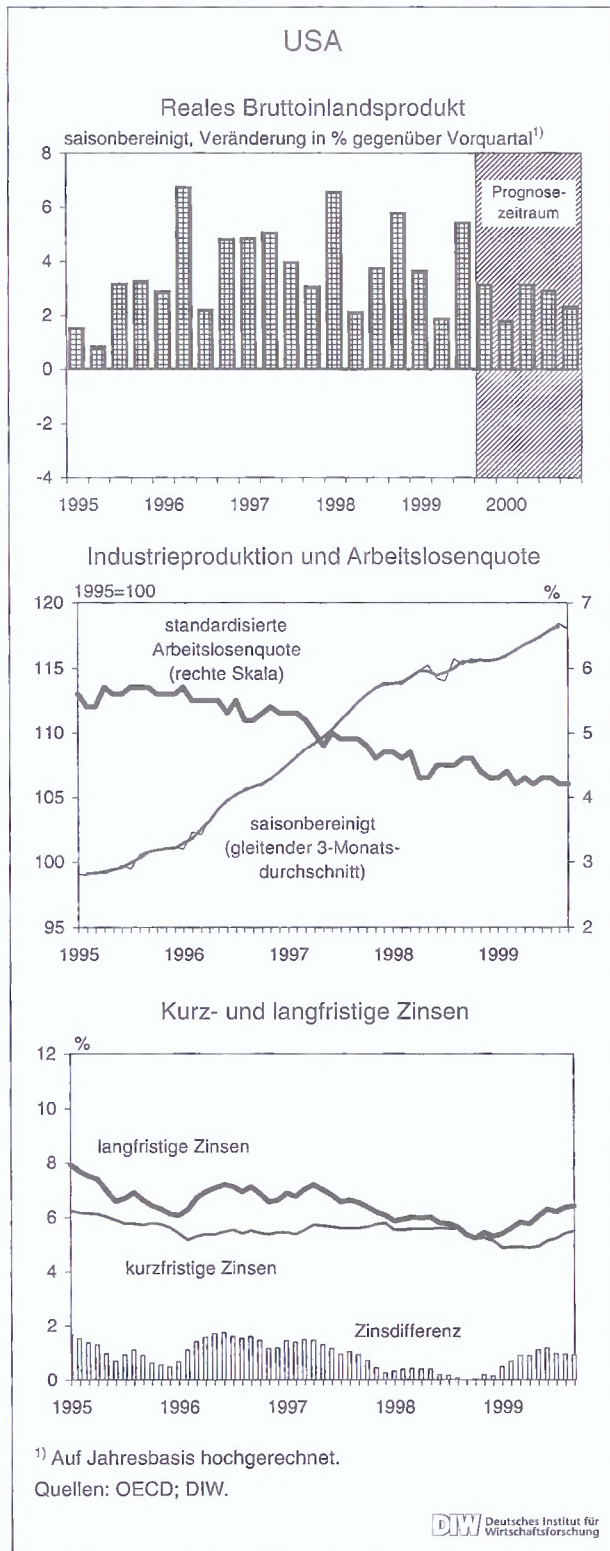
Die Expansion der US-amerikanischen Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr als sehr robust erwiesen. Im Sommer war vielfach für das zweite Halbjahr 1999 eine Abkühlung prognostiziert worden. Zwar hat sich das Wachstum des realen privaten Verbrauchs tatsächlich verlangsamt, allerdings nicht in dem erwarteten Ausmaß. Die Verbrauchskonjunktur war immer noch recht kräftig und blieb die treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Expansion. In nominaler Rechnung nahmen die Verbrauchsausgaben auch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres stärker zu als die verfügbaren Einkommen, und die Sparquote war weiter rückläufig.² Deutlich belebte sich die Ausfuhr, vor allem in die anderen Länder der NAFTA und die südostasiatischen Schwellenländer. Allerdings nahm die Einfuhr insgesamt weiterhin kräftiger zu, so dass der Außenbeitrag sich weiter passivierte. Bei zügig expandierender Nachfrage und hoher Auslastung der Sachkapazitäten war die Investitionstätigkeit insgesamt weiterhin rege. Dabei dürften die Investitionen in Computer und Software im Zusammenhang mit der Jahr-2000-Problematik eine wichtige Rolle gespielt haben.

Trotz der zügigen Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion blieb die Teuerung im Vergleich zu früheren Boomphasen moderat. Die Verbraucherpreise lagen — nach 1½ % im Jahre 1998 — am Jahresende 1999 um gut 2½ % über dem Vorjahresniveau. Rechnet man die sehr volatilen Preise für Energie und Nahrungsmittel aus dem Konsumentenpreisindex heraus, so zeigt sich, dass die so genannte Kerninflation im Verlauf des letzten Jahres nur unwesentlich zugenommen hat. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Lohnentwicklung trotz des geräumten Arbeitsmarktes nicht beschleunigt hat.

Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr etwas abschwächen wird (Abbildung 2). Die Lohnentwicklung dürfte auch weiterhin moderat verlaufen. Bei etwas schwächerer Beschäftigungsexpansion werden die verfügbaren Einkommen geringer zunehmen als im Vorjahr und den Zuwachs des privaten Verbrauchs dämpfen. Von der öffentlichen Nachfrage dürften dagegen in diesem Jahr etwas stärkere Impulse als 1999 ausgehen. Im Sog der weltwirtschaftlichen Belebung ist mit einem beschleunigten Anstieg der Ausfuhr zu rechnen. Da aber die Inlandsnachfrage auch in diesem Jahr immer noch kräftig expandiert, wird sich der Zuwachs der Ein-

² Im Zuge der jüngsten Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde die Ersparnis der privaten Haushalte nach oben korrigiert. Die wichtigste Umbuchung war dabei, dass Pensionsrückstellungen des Staates, die früher als Ersparnis des Staates verbucht wurden, nun als Ersparnis der privaten Haushalte zählen. Insgesamt ist die Sparquote nach der Revision um rund 3 Prozentpunkte höher als vorher. Zwar ergibt sich auch weiterhin die Tendenz einer stark rückläufigen Sparquote, allerdings fiel sie im vorigen Jahr nicht in den negativen Bereich.

Abbildung 2



fuhr nur wenig abflachen. Der Fehlbetrag im Außenhandel wird damit größer sein als 1999. Im Zuge der schwächeren Entwicklung der Gesamtnachfrage und der gestiegenen Zinsen wird die Investitionsdynamik nachlassen. Die privaten Investitionen werden in diesem Jahr um rund 5% zunehmen, nach 9% im vergangenen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3% — nach 3,9% im Jahre 1999 — zunehmen. Die schwache Dynamik im ersten Vierteljahr geht dabei auf Sondereffekte bei Lager- und Ausrüstungsinvestitionen im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Problem zurück. Auch bei der hier prognostizierten Abschwächung bleibt die Konjunktur immer noch lebhaft. Die Wachstumsrate in den USA wird dann über fünf Jahre hinweg 3% und mehr pro Jahr betragen haben.

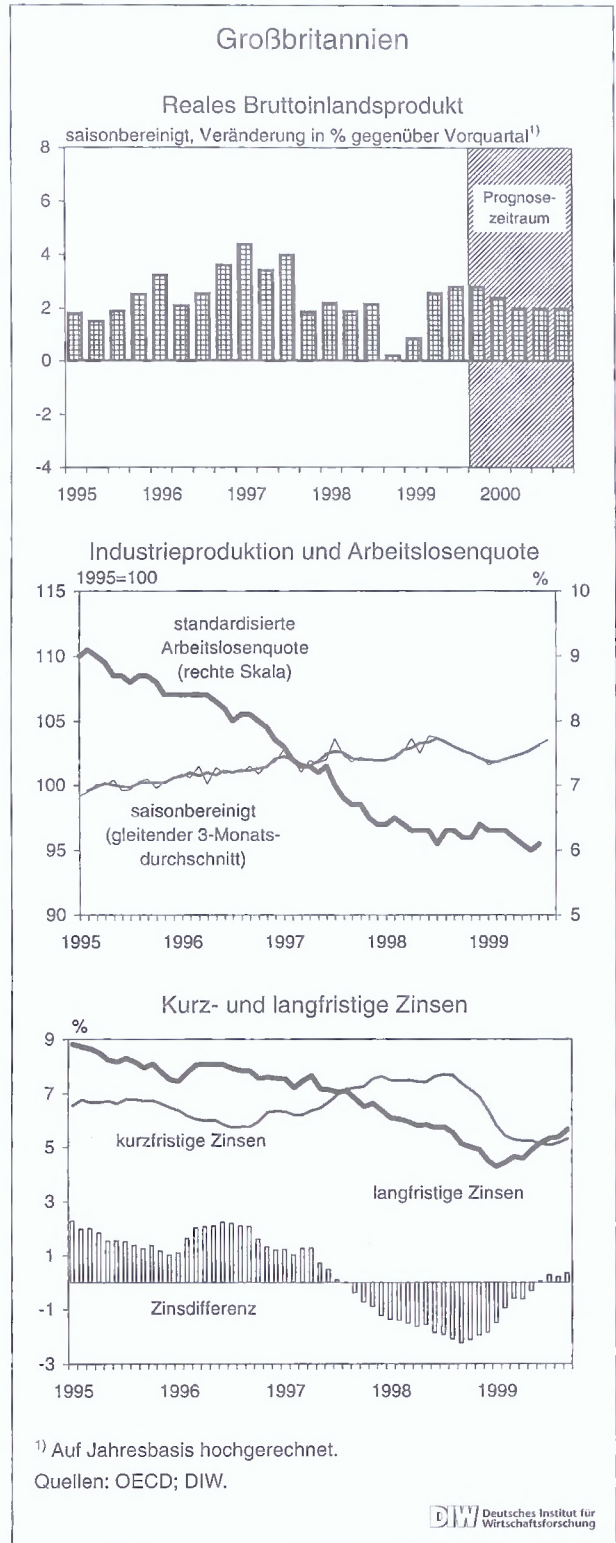
Der Aufschwung in den USA geht mit einem erheblichen Leistungsbilanzdefizit einher. Im Jahre 1999 hatte es mit rund 3½% des nominalen Bruttoinlandsprodukts den bisherigen Höchststand erreicht. Das Leistungsbilanzdefizit wird auch in diesem Jahr noch einmal zunehmen. Bei einem Defizit in dieser Größe nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass es zu kräftigen und dauerhaften Wechselkurskorrekturen kommt, ausgelöst und verstärkt durch einen massiven Abzug ausländischen Kapitals. In diesem Fall werden die langfristigen Zinsen in den USA spürbar steigen. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht stellt somit eine Gefahr für die konjunkturelle Entwicklung in den USA dar, mit negativen Folgen für die Weltkonjunktur. Allerdings ist damit nicht zu rechnen, da das Vertrauen der internationalen Anleger eingebrochen ist.

Die Inflationsrate beschleunigt sich im Verlauf des ersten Halbjahres noch einmal. Zwar steigen die Energiepreise nicht mehr in dem Tempo wie zur Jahresmitte 1999; es dauert aber noch einige Zeit, bis sich der preistreibende Effekt völlig in der Entwicklung der Konsumentenpreise niedergeschlagen hat. Die amerikanische Zentralbank dürfte im Frühjahr die Zinsen ein weiteres Mal geringfügig erhöhen.

Mittelosteuropa begünstigt durch die konjunkturelle Belebung in Westeuropa

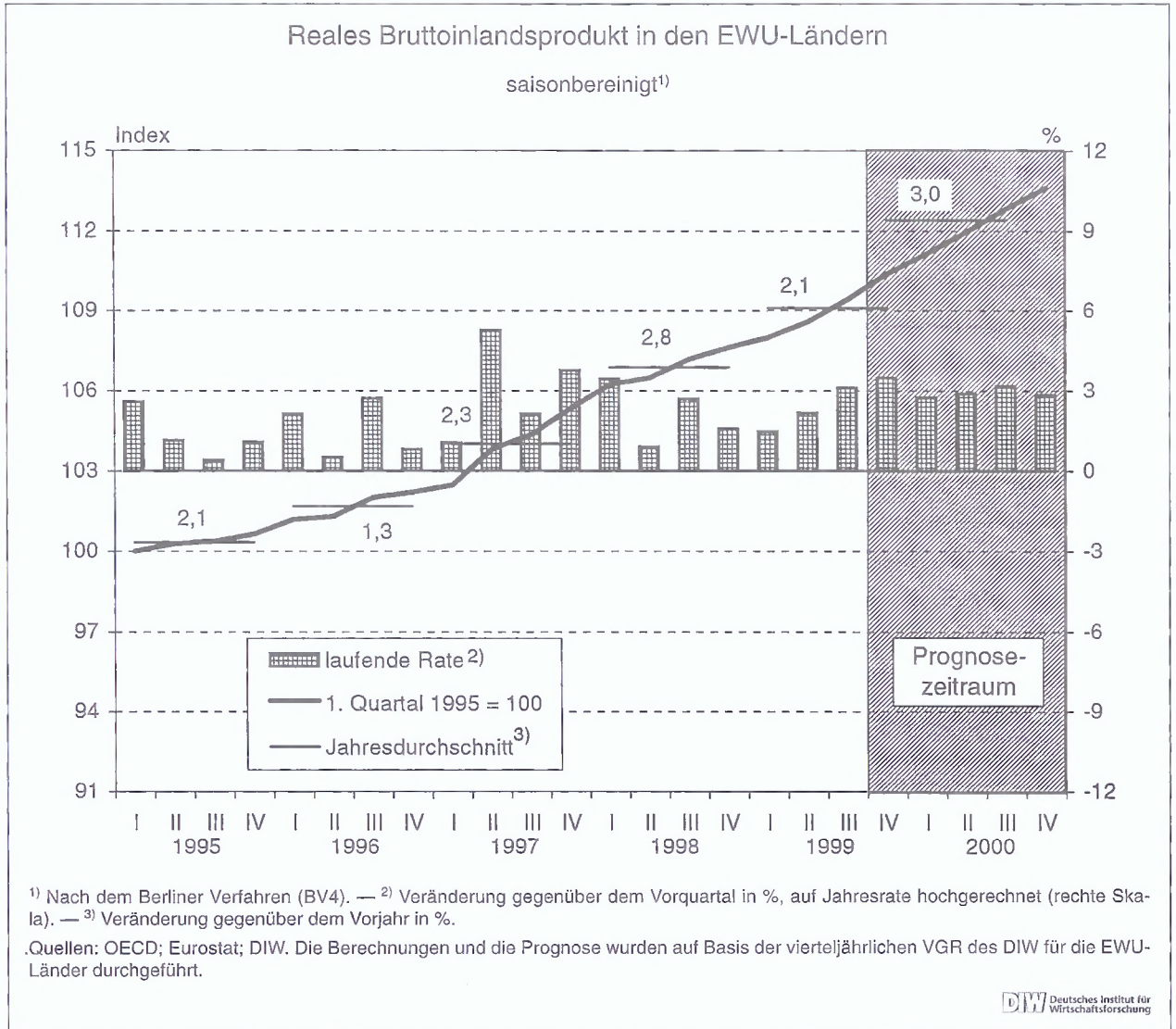
Die gesamtwirtschaftliche Expansion hat sich 1999 in den Ländern Mittelosteuropas, die den Status eines Beitrittskandidaten³ zur Europäischen Union haben, etwas verlangsamt. Ursache dafür war vor allem die schwächere konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa. Die Binnen- nachfrage expandierte aber in vielen Volkswirtschaften kräftig, gestützt von Reallohnsteigerungen, aber auch von einer Abnahme der Sparquote. Die in vielen dieser Länder hohen Realzinsen beeinträchtigten die Investitionsdynamik. Sie waren allerdings notwendig, um den Disinflationprozess fortzusetzen. Die gesamte Region ist — bis auf Ausnahmen — mit erheblichen Leistungsbilanzdefizi-

Abbildung 3



³ Den Status eines Beitrittskandidaten zur EU haben: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Abbildung 4



ten konfrontiert. Nur in wenigen Fällen können sie aber mit einer aktuellen realen Aufwertung der Währung erklärt werden. Vielfach sind sie Ausdruck der schon länger anhaltenden realen Überbewertung, die durch die gewählte Ausgestaltung der Wechselkursregime entstanden ist.

Es hat sich gezeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Region nicht nur von wirtschaftlichen Reformen und internen Effizienzverbesserungen der Volkswirtschaften, sondern auch stark von der Konjunkturerwicklung der Haupthandelspartner abhängt. Die für dieses Jahr prognostizierte Belebung der Konjunktur in Westeuropa wird daher ein wichtiger Impuls für die Beschleunigung des Wachstums in der Region sein. In welchem Ausmaß sich dieser Impuls in eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität überträgt, wird nicht nur von weiteren institutionellen Reformen, sondern auch von dem gewählten Wechselkursregime in den einzelnen Volkswirtschaften abhängen. Offensichtlich planen insbe-

sondere Polen und Ungarn einen Übergang vom derzeit praktizierten Crawling Peg zu einem flexiblen Wechselkurs, um so einer weiteren Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits entgegenzuwirken. Es bleibt abzuwarten, ob die Disinflationpolitik dann mit gleicher Intensität fortgeführt werden kann. Bei der anziehenden Konjunktur in Westeuropa werden die gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten spürbar über dem Vorjahreswert liegen (Tabelle 4).

Aufschwung in Westeuropa gewinnt an Breite

Schon im vergangenen Sommer hatten sich Produktion und Nachfrage in den westeuropäischen Ländern außerhalb der EWU spürbar erholt. Auch in Großbritannien, das zuvor unter rückläufigen Exporten und den Auswirkungen einer restriktiven Geldpolitik gelitten hatte, nahm die Kon-

Tabelle 5

**Indikatoren¹⁾ zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts**

	Bruttoschulden				Finanzierungssaldo			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
Deutschland	60,8	61,1	61,3	60,8	-2,6	-1,7	-1,4	-1,1
Frankreich	57,1	58,8	59,4	59,0	-3,0	-2,7	-2,1	-1,7
Italien	120,2	118,7	117,5	114,7	-2,8	-2,7	-2,2	-1,7
Spanien	66,0	65,1	64,0	62,0	-3,1	-2,3	-1,4	-0,8
Niederlande	68,5	67,5	65,2	61,6	-1,2	-0,8	-0,4	-0,1
Belgien	121,2	118,2	116,3	112,9	-1,8	-1,0	-1,0	-0,7
Österreich	63,9	63,0	63,2	63,2	-1,9	-2,4	-2,2	-2,6
Finnland	53,9	49,7	43,2	38,3	-1,6	1,4	3,5	4,1
Portugal	60,4	57,8	56,1	54,6	-2,0	-1,5	-1,3	-1,2
Irland	62,2	49,5	47,0	39,3	0,6	2,0	2,9	3,1
Luxemburg	6,0	6,9	7,1	7,2	3,8	2,5	2,2	2,1
EWU-Länder	73,8	73,4	72,9	71,5	-2,6	-2,0	-1,5	-1,1

¹⁾ Gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

junktur seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres wieder Fahrt auf.

Vor allem der private Verbrauch expandierte im Vorjahr mit einer Rate von 4 % kräftig. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden zwar wieder ausgeweitet, verloren jedoch im Vergleich zum Vorjahr an Tempo. Auch wenn die Exporte zuletzt wieder kräftig zunahmen, verschlechterte sich aufgrund der noch schneller steigenden Importe die Leistungsbilanz erheblich. Eine wesentliche Ursache besteht nach wie vor in der mangelnden preislichen Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens, die mit dem hohen Pfundkurs und rasch steigenden Lohnstückkosten begründet ist. Für den konjunkturellen Verlauf in diesem Jahr wird daher eine leichte Abschwächung des Wachstums unterstellt, zumal auch von der Geldpolitik und der Finanzpolitik keine expansiven Impulse ausgehen dürften. Im Durchschnitt des Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4 % zunehmen, nach 1,6 % im Vorjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der EWU

Verhaltener Konjunkturaufschwung in der EWU

Seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres hat sich die Konjunktur in den Ländern der Europäischen Währungsunion spürbar erholt. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Expansion des Bruttoinlandsprodukts deutlich. Alle Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs in nahezu unverändertem Tempo hin. Die Erholung wurde durch außenwirtschaftliche Einflüsse ausgelöst. Die rasche Beendigung der Krisen in Südost-

asien, die Stabilisierung in den mitteleuropäischen Transformationsländern und das robuste Wachstum in Nordamerika bildeten zusammen mit der Schwäche des Euro ein günstiges Umfeld für eine starke Ausweitung der Exporte. Zwar nahmen auch die Importe wieder kräftiger zu, jedoch blieb das Expansionstempo hinter dem der Exporte zurück.

Die Inlandsnachfrage in der EWU hat sich leicht beschleunigt. So nahm der Verbrauch der privaten Haushalte rascher zu, da die Reallohnsteigerungen annähernd gleich blieben und die Beschäftigung bei insgesamt höherem Wirtschaftswachstum etwas stärker ausgeweitet wurde. Die Anlageinvestitionen expandierten in etwa unverändertem Tempo. Die Zahl der Arbeitslosen nahm innerhalb eines Jahres um fast eine Million ab; damit lag die Arbeitslosenquote in der EWU zum Jahresende 1999 zum ersten Mal seit Jahren wieder unter zehn Prozent.

Der Konjunkturaufschwung wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts dürfte 3 % betragen. Die Exporte bleiben die treibende Kraft der Expansion. Sie werden — unter Einschluss des Handels mit Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EWU — um fast 7 % expandieren. Da die Importe trotz guter Binnenkonjunktur weniger wachsen, steigt der Außenbeitrag beträchtlich. Vor allem gegenüber den asiatischen Ländern, den USA und Großbritannien werden die Überschüsse noch zunehmen; gegenüber den mittelosteuropäischen EU-Beitrittskandidaten dürften sie rückläufig sein.

Die Expansion der Anlageinvestitionen wird sich in unverändertem Tempo fortsetzen. Angeregt durch die günstige Exportentwicklung werden die Ausrüstungsinvestitionen rascher steigen, während die Bautätigkeit schwächer expandiert.

Abbildung 5



Von der Lohnentwicklung gehen derzeit im EWU-Durchschnitt keine inflationären Impulse aus. Die Lohnsteigerungen im Euro-Raum waren im vergangenen Jahr moderat. Der Arbeitskostenindex von Eurostat, der die Entwicklung der gesamten Arbeitskosten je Stunde abbildet, nahm im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1999 im Euro-Raum um rund 2% gegenüber dem Vorjahr zu. Der Lohnzuwachs war damit etwas geringer als im Durchschnitt der EU insgesamt (2,5%). Für dieses Jahr ist mit keiner nennenswerten Beschleunigung zu rechnen. Zwar dürften die Lohnsteigerungen in einigen Ländern — z. B. Spanien — etwas kräftiger, in einigen anderen — wie Deutschland und Italien — dagegen im Jahresdurchschnitt wieder etwas schwächer ausfallen. Die Lohnstückkosten werden voraussichtlich im EWU-Durchschnitt allenfalls geringfügig steigen. Für das laufende Jahr wird daher mit einem Preisanstieg von 1,5% gerechnet. Die Inflationsrate wird damit auch im Verlauf unter der von der EZB als mittelfristig tolerierbar bezeichneten Grenze von 2% bleiben.

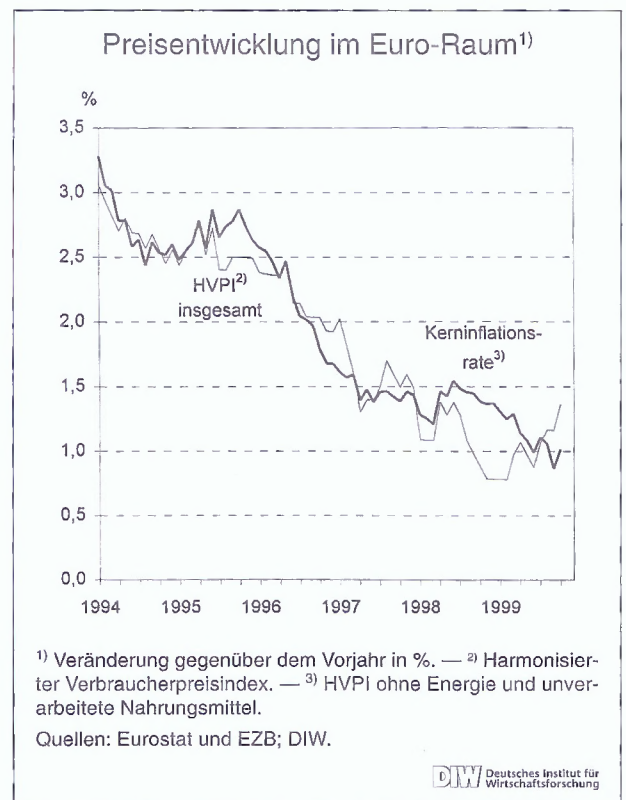
Die Zahl der Beschäftigten wird im Euroraum auch in diesem Jahr um gut 1% zunehmen, und die Arbeitslosenquote von gut 10% auf etwa 9½% im Durchschnitt des laufenden Jahres zurückgehen. Die Verminderung der Arbeitslosenquote ist jedoch zum Teil auch demographisch bedingt.

Weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der EWU hielt 1999 in fast unvermindertem Tempo an. Die Defizitquote nach dem Vertrag von Maastricht (Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wird in diesem Jahr etwa 1,2% betragen, nach 2,0% 1998 und 1,6% 1999. Gleichzeitig ist die Bruttoschuldenquote weiter gesunken; sie wird Ende des Jahres bei 70% liegen. Dabei liegen zwei Länder — Italien und Belgien — mit weit über 100% immer noch deutlich oberhalb des entsprechenden Maastricht-Kriteriums. Insgesamt geht aber die Konsolidierung noch über die von der Europäischen Kommission im letzten Jahr vorgelegten Stabilitätsprogramme hinaus. Hierzu trugen insbesondere Einnahmeverbesserungen aus der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und aus Steuernachzahlungen bei.

Der finanzpolitische Spielraum wurde dabei in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich genutzt. Frankreich und Italien etwa haben zunächst langsamer konsolidiert als Deutschland, um die konjunkturelle Entwicklung möglichst wenig zu beeinträchtigen. Nachdem nunmehr im Zuge der Konjunkturbelebung die Steuerquellen wieder lebhafter sprudeln, liegt Frankreich im Konsolidierungsprozess nur noch knapp hinter Deutschland. Insgesamt

Abbildung 6



samt bleibt die Finanzpolitik in der EWU restriktiv ausgerichtet.

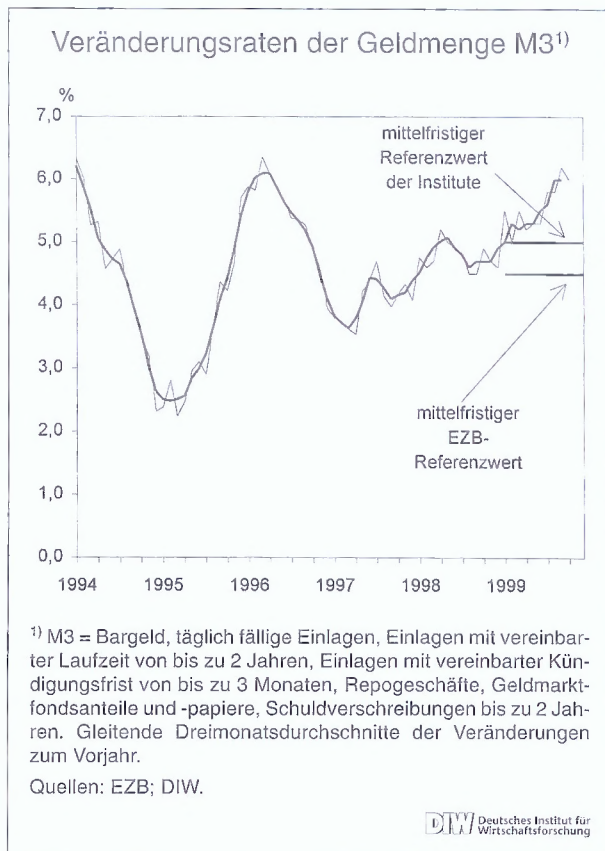
Monetäre Lage

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Anfang November ihre Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt auf 3% für den Hauptrefinanzierungssatz erhöht. Sie begründete diesen Schritt mit einer „gradueller“ Ablösung von „nach unten“ gerichteten Risiken für die Preisstabilität durch solche, die „nach oben“ gerichtet seien. Damit hat die EZB ihren Kurs leicht gestrafft, noch bevor es zu einer Beschleunigung der Inflationsrate gekommen ist. Bereits Anfang Oktober stieg der 3-Monats-Euribor sprunghaft über 3% (Abbildung 5). Hierin mögen sich teilweise die Erwartungen einer Leitzinserhöhung widerspiegelt haben. Von größerer Bedeutung dürfte aber sein, dass die Marktteilnehmer im Zusammenhang mit dem Wechsel zum Jahr 2000 ihre Nachfrage nach liquiden Geldmitteln erhöht hatten, um auf mögliche Engpässe vorbereitet zu sein.

Die Ausweitung der Geldmenge M3 hat sich seit Herbst 1999 mit zuletzt gut 6% spürbar beschleunigt (Abbildung 7). Dieser Wert liegt mittlerweile deutlich über dem von der EZB gesetzten Referenzwert von 4½%⁴, den sie jüngst als Orientierungsmarke für eine stabilitätsgerechte Ausrichtung der Geldpolitik auch für das Jahr 2000 bestätigt hat. Hieran gemessen scheint die Geldpolitik zu expansiv ausgerichtet. Gegen eine solche Einschätzung gibt es jedoch triftige Gründe. So besteht eine unvermeidliche Unsicherheit über die Stabilität monetärer Beziehungen, die mit dem Übergang zu dem neuen Regime einer einheitlichen Währung für den Euroraum verbunden ist. Für eine Instabilität insbesondere des Zusammenhangs zwischen Geldmenge und Inflation spricht, dass die Berechnungen zur trendmäßigen Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit sehr schwanken. Ein weiteres Argument für eine sehr vorsichtige Interpretation der Geldmengenentwicklung ist, dass die erhöhte Liquiditätsnachfrage, die aus der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Übergang zum Jahr 2000 resultierte, die Ausweitung der Geldmenge beschleunigt hat. Hieraus sind jedoch keine Inflationsgefahren abzuleiten.

Die Kapitalmarktzinsen⁵ waren von Beginn des Jahres 1999 bis zum Herbst relativ deutlich, um 1½ Prozentpunkte, gestiegen. Unmittelbar nach der Leitzinserhöhung gingen sie zunächst merklich zurück, weil mit der Entscheidung der EZB spekulativen Tendenzen auf noch stärkere Zinssteigerungen offensichtlich der Boden entzogen worden war. Mittlerweile liegen sie jedoch wieder bei gut 5%. Hierin spiegeln sich die globalen Tendenzen, die vor allem durch die monetäre Entwicklung in den USA geprägt werden. Ferner fließt Kapital, das während der Währungsturbulenzen die asiatischen Krisenländer verlassen

Abbildung 7



hatte, wieder zurück; auch der japanische Kapitalmarkt attrahiert wieder mehr finanzielle Anlagen.

Der Kurs des Euro hat nach einem kurzen Anstieg im Sommer 1999 trotz der höheren Zinsen in Europa weiter nachgegeben. Maßgeblich hierfür ist die robuste Konjunktur in den USA, die dort die Renditeperspektiven hochhält.

Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen nunmehr im Vergleich zum Frühjahr 1999 als deutlich weniger expansiv zu kennzeichnen. Dies kann auch nicht durch die spürbare Abwertung des Euro ausgeglichen werden, da nur ein geringer Teil des Handels von Änderungen der Wechselkurse betroffen ist.

Bei alledem ist das Preisklima nach wie vor eher ruhig. Zwar hat sich der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) infolge der Energieverteuerung auf 1,4% beschleunigt, doch kommen von den anderen Komponenten keine Inflationsimpulse. Die Kerninflationsrate

⁴ Die EZB errechnet den Referenzwert für M3 von 4,5% aus einem Zuwachs des Produktionspotentials von 2 bis 2,5%, einem Aufschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von 0,5 bis 1% sowie einer zu tolerierenden Inflationsrate von 1,5%.

⁵ Hier werden die mit den realen BIP-Anteilen gewichteten Durchschnitte der Staatsanleihen der EWU-Länder mit 10-jähriger Restlaufzeit betrachtet.

zeigt sogar eine Abschwächung der Inflationstendenzen. Sie lag zuletzt unter 1 %.

In diesem Jahr wird sich die aktuelle Inflationsrate allenfalls leicht beschleunigen, da sowohl der Anstieg der Rohölpreise als auch die Abwertung des Euro im Verlauf des Jahres zum Stillstand kommen werden. Gegen Ende

des Jahres werden die Preissteigerungen sogar wieder etwas niedriger ausfallen. Dabei dürfte die Kerninflationsrate etwas zunehmen, da steigende Energiepreise die Produktion verteuern und der Überwälzungsspielraum der Unternehmen mit der Konjunkturbelebung größer wird.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar verbessert. Nach einer verhaltenen Entwicklung im ersten Halbjahr 1999 kam es nach der Jahresmitte zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität. Im Jahresdurchschnitt ergab sich daraus allerdings nur eine sehr geringe Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die Eintrübung im Exportgeschäft wurde im Sommer 1999 überwunden, und die Exporttätigkeit wurde lebhafter. Die konjunkturelle Erholung ist damit, wie schon 1994 und 1997, im Wesentlichen durch die Lieferungen ins Ausland begründet. Seit Herbst 1999 zeigt sich auch eine leichte inländische Nachfragebelebung; so ist die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Inland aufwärts gerichtet. Damit stiegen auch die Importe kräftig. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland tätigen Unternehmen — auch ein Ausdruck der Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren — lässt für dieses Jahr eine Ausweitung der Anteile auf den Weltmärkten erwarten. Die Binnennachfrage dagegen wird bei nur mäßigem Anstieg der verfügbaren Einkommen weiterhin verhalten zunehmen.

Die konjunkturelle Belebung dürfte Ostdeutschland lediglich streifen. Die wirtschaftliche Aktivität wird dort nach wie vor durch die retardierende Entwicklung im Bausektor gedrückt. Aber auch in der Industrie und vor allem bei den Investitionsgüterherstellern zeigen sich kaum Aufschwungtendenzen. Unter diesen Voraussetzungen wird das Wachstum in Ostdeutschland erneut schwächer ausfallen als in Westdeutschland; eine Wiederaufnahme des Aufholprozesses ist nicht in Sicht.

Die jüngsten Revisionen der volkswirtschaftlichen Daten durch das Statistische Bundesamt führten zu deutlichen Verschiebungen in der Entwicklung der einzelnen Verwendungsaggregate, die das Konjunkturbild merklich verändert haben. Während aufgrund neuer Erwerbstätigenzahlen für die ersten beiden Quartale 1999 der Wert für die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte höher angesetzt worden ist, kam es bei den Ausrüstungsinvestitionen zu einer deutlichen Korrektur nach unten. Diese Entwicklung entspricht eher derjenigen bei den Auftragseingängen. Insgesamt ist nunmehr der Rückschlag in der ersten Jahreshälfte weniger ausgeprägt; zugleich fällt auch die Beschleunigung im Herbst schwächer aus als ursprünglich erwartet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in diesem Jahr um 2,4 % zunehmen, nach 1,3 % im Vorjahr.

Verhaltene Ausweitung des privaten Verbrauchs

Im Jahresverlauf 1999 expandierten die Konsumausgaben der privaten Haushalte nur schwach. Zwar nahmen

in der ersten Jahreshälfte die Nettolöhne und -gehälter aufgrund der Tariflohnhebungen stärker als noch im Vorjahr zu, doch schwächte sich das Anstiegstempo bei den verfügbaren Einkommen insgesamt ab. Infolge der konjunkturellen Abschwächung nahmen die Selbständigeeinkommen (einschl. Betriebsüberschuss) und die Vermögenseinkommen nur verhalten zu. Den Entlastungen durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge sowie der Erhöhung der Kindergeldzahlungen stand die Anhebung der energiebezogenen Steuern gegenüber, so dass die privaten Haushalte per saldo geringfügig belastet wurden.

Im laufenden Jahr wird die Zunahme des privaten Konsums von der aufwärts gerichteten Entwicklung bei den verfügbaren Einkommen getragen. Die Lohnzuwächse dürften zwar in diesem Jahr mit gut 2 % schwächer ausfallen als im vergangenen Jahr, da die Einmalzahlungen entfallen und einige Tarifverträge längere Laufzeiten aufweisen. Die Tarifeinkommen werden daher langsamer steigen. Dagegen dürften die Selbständigen- und Vermögenseinkommen wieder stärker zur Expansion der verfügbaren Einkommen beitragen. Positiv wird sich bemerkbar machen, dass die Kindergeldzahlungen zu Beginn dieses Jahres ausgeweitet worden sind. Im Zuge der zweiten Stufe der Ökosteuerreform werden zudem die Mineralölsteuersätze erhöht, und die Rentenversicherungsbeiträge dürften weiter gesenkt werden. Bei einer Zunahme des verfügbaren Einkommens um insgesamt

Tabelle 6

Bauinvestitionen¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000
	Mrd. DM		
Wohnungsbau	267,8	266,4	263,6
Nichtwohnungsbau	197,8	196,1	197,4
Staat	55,6	56,9	56,4
Übrige Sektoren	142,2	139,2	141,0
Insgesamt	465,6	462,5	461,0
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr		
Wohnungsbau	-3,6	-0,5	-1,1
Nichtwohnungsbau	-4,2	-0,9	0,7
Staat	-6,7	2,3	-0,9
Übrige Sektoren	-3,3	-2,1	1,3
Insgesamt	-3,9	-0,7	-0,3

¹⁾ Zu Preisen von 1995; in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).
Quellen: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

gut 3% und einer geringen Preissteigerung wird der reale Konsum in diesem Jahr um etwa 2,3% steigen.

Ausrüstungsinvestitionen bislang nur wenig dynamisch

Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen 1998 noch kräftig ausgeweitet worden waren, entwickelten sie sich im Jahresverlauf 1999 eher schwach. Koinzidente Indikatoren¹ für die Ausrüstungsinvestitionen wie die Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten zeigen, dass die vor einem Jahr erwartete temporäre Abschwächung in der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen in der ersten Jahreshälfte 1999 eingetreten war. Seither zeigen sich jedoch spürbare Aufwärtstendenzen. Die Absatzerwartungen der Unternehmen haben sich angesichts einer gefestigten Weltkonjunktur und einer stabilen Binnennachfrage aufgehellt, und die Gewinnentwicklung wird in diesem Jahr günstiger sein als 1999. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen 1999 um 4,8% zu; in diesem Jahr ist eine Ausweitung um 5,8% zu erwarten. Auf längere Sicht dürften die merklich gestiegenen Kapitalmarktzinsen allerdings einer weiteren Beschleunigung im Wege stehen.

Keine durchgreifende Belebung bei den Bauinvestitionen

Die Bauwirtschaft ist weiterhin von starken rezessiven Entwicklungen insbesondere in Ostdeutschland betroffen. Die sich im Jahresverlauf 1999 abzeichnenden positiven Tendenzen vor allem im Wohnungsbau — und dort besonders im Ein- und Zweifamilienhausbau — konnten

keine entscheidende Trendwende herbeiführen. Die gestiegenen Zinsen dürften im laufenden Jahr in diesem Bereich dämpfend wirken. Im Zuge der wieder leicht besseren Investitionskonjunktur ist eine Belebung bei den gewerblichen Bauten zu erwarten. Allerdings bleiben alle positiven Tendenzen auf Westdeutschland beschränkt, in Ostdeutschland geht die Talfahrt — wenngleich im Wohnungsbau gebremst — weiter.

Zügige Exportausweitung

Die Warenausfuhr hatte im zweiten Halbjahr 1999 zügig expandiert und sich vom tiefen Einbruch im Winterhalbjahr 1998/99 überraschend schnell erholt. Der weltweite Nachfrageausfall im Gefolge der Asienkrise war also nur von kurzer Dauer. Die Wachstumsrate von rund 4%, die im Jahresdurchschnitt 1999 erzielt wurde, war geprägt von dem unterschiedlichen Verlauf in den beiden Halbjahren. Der Rückgang der Lieferungen nach Ostasien war bereits gegen Jahresende 1998 zum Stillstand gekommen; im ersten Quartal konnten die Exporte dorthin schon wieder leicht ausgeweitet werden. Entscheidend für den deutschen Export war jedoch, dass die Krise in Ostasien die Absatzmärkte in Westeuropa und Nordamerika — dorthin werden drei Viertel aller Exportgüter geliefert (Tabelle 7) — letztlich nur wenig beeinträchtigt hat. Die Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa stagnierte allerdings bis weit in das zweite Halbjahr 1999 hinein auf dem zum Jahresbeginn

¹ Siehe Jörg Döpke u. a. (1998): Indikatoren zur Prognose der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 906.

Tabelle 7

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	1997	1998	1. Hj. 1999	3. Qu. 1999	1997	1998	1. Hj. 1999	3. Qu. 1999	1997	1998	1. Hj. 1999	3. Qu. 1999
	Mrd. DM				Anteile in %				in % vom BIP			
Insgesamt	889	950	474	244	100,0	100,0	100,0	100,0	24,2	25,0	25,2	24,8
EU	494	535	274	136	55,6	56,3	57,8	55,7	13,4	14,1	14,6	13,8
EFTA ¹⁾	48	52	26	13	5,4	5,5	9,5	9,6	1,3	1,4	1,4	1,3
NAFTA ²⁾	89	103	54	30	10,0	10,8	11,4	12,3	2,4	2,7	2,9	3,0
Ostasien ³⁾	79	67	33	18	8,9	7,1	7,0	7,4	2,1	1,8	1,8	1,8
MOE ⁴⁾	78	88	39	21	8,8	9,3	8,2	8,6	2,1	2,3	2,1	2,1
Mercosur ⁵⁾	14	15	6	3	1,6	1,6	1,2	1,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Übrige ⁶⁾	87	90	42	23	9,7	9,4	8,9	9,3	2,4	2,4	2,2	2,3

¹⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ²⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ³⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁴⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Rußland, Ukraine, Weißrußland. — ⁵⁾ Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Bolivien und Chile (assoziert). — ⁶⁾ Afrika, Australien und Ozeanien, restliche Länder in Asien und Lateinamerika.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

erreichten gedrückten Niveau. Dabei waren die Lieferungen nach Rußland besonders tief gesunken.

Für das Jahr 2000 zeichnet sich eine weitere kräftige Expansion der Exporte ab. Diese wird vor allem durch die erwartete konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Europa begünstigt. Von der zunehmenden Nachfrage werden die deutschen Exporteure dank günstiger Wettbewerbsbedingungen überdurchschnittlich profitieren und Marktanteile gewinnen. Auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Yen kommt den Exporteuren zugute. Hinzu kommt, dass die wieder anziehenden Rohstoffpreise die Nachfrage in jenen Ländern stützen, die hauptsächlich Investitionsgüter zur Verbesserung ihrer Infrastruktur nachfragen. Hier eröffnen sich deutschen Unternehmen beträchtliche Absatzchancen. Vom Export werden daher im Jahre 2000 bei einer Wachstumsrate von 9% starke Konjunkturimpulse ausgehen.

Leichte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen

Infolge der konjunkturellen Abkühlung kam der Beschäftigungsaufbau im Frühjahr 1999 zum Stillstand, und

Annahmen für die Prognose

- Die Weltmarktpreise für Rohstoffe einschl. Erdöl werden im Verlauf des Jahres 2000 nicht weiter steigen.
- Der reale Außenwert des Euro wird aufgrund einer Abwertung des US-Dollar im Verlaufe des Jahres 2000 etwas zunehmen.
- Die Geldpolitik wird ihren Kurs leicht straffen. Die Kapitalmarktzinsen werden weiter geringfügig steigen.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich um etwa 2½ %. In Ostdeutschland werden die Löhne nicht stärker angehoben als in Westdeutschland.
- Die Finanzpolitik verfolgt weiterhin einen Konsolidierungskurs. Das Sparpaket der Bundesregierung dürfte weitgehend umgesetzt werden. Die Unternehmenssteuerreform und das Vorziehen der Einkommensteuersenkung 2002 auf das Jahr 2001 werden 2000 allenfalls geringe positive Effekte haben.

Tabelle 8

Eckdaten der Prognose für Deutschland

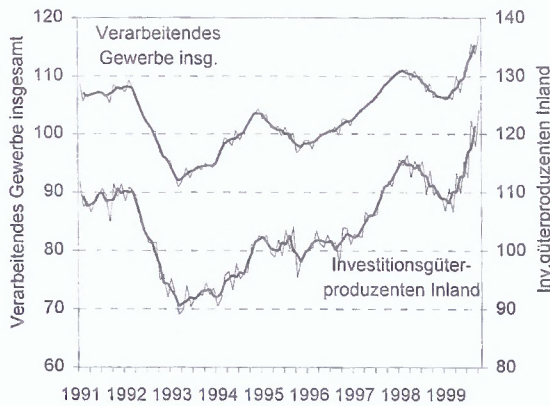
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,7	0,8	1,5	2,2	1,3	2,4
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	36 428	36 158	35 866	35 994	36 109	36 170
Arbeitslose (1000 Personen)	3 612	3 965	4 385	4 279	4 106	3 909
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	9,0	9,9	10,9	10,6	10,2	9,8
Erwerbslose ⁴⁾ (1000 Personen)	3 198	3 498	3 907	3 710	3 542	3 345
Erwerbslosenquote ⁵⁾ (in %)	8,1	8,8	9,8	9,4	8,9	8,5
Verbraucherpreise ⁶⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,7	1,4	1,9	0,9	0,6	1,1
Lohnstückkosten (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)						
auf Basis von Arbeitnehmern bzw. Erwerbstätigen ⁷⁾	2,0	0,6	-0,8	-0,4	0,8	-0,7
auf Basis von Stunden ⁸⁾	1,3	0,4	-0,2	0,1	1,1	-1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁹⁾						
in Mrd. DM	-104,9	-121,2	-96,5	-64,5	-53,7	-44,6
in % des nominalen BIP	-3,0	-3,4	-2,6	-1,7	-1,4	-1,1
Leistungsbilanzsaldo ¹⁰⁾ (Mrd. DM)	-27,2	-8,4	-2,4	-6,5	-22,0	3,0

¹⁾ Zu Preisen von 1995. — ²⁾ Im Inland (Durchschnitt der Quartalswerte). — ³⁾ Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁴⁾ Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). — ⁵⁾ Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁷⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigen). — ⁸⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt zu bezahlten Arbeitsstunden) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 zu Erwerbstätigenstunden). — ⁹⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. 1995: ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank sowie ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30 Mrd. DM. — ¹⁰⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

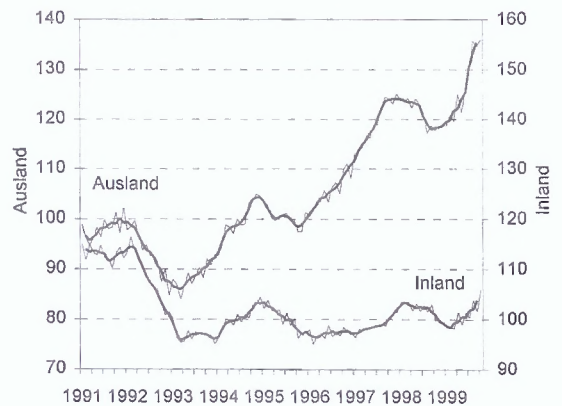
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW. 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

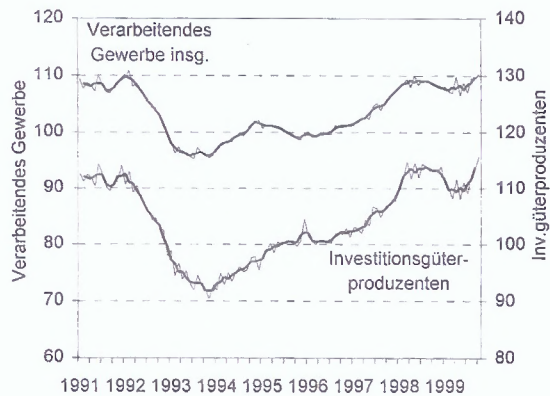
Auftragseingang
im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei
Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland
1995 = 100



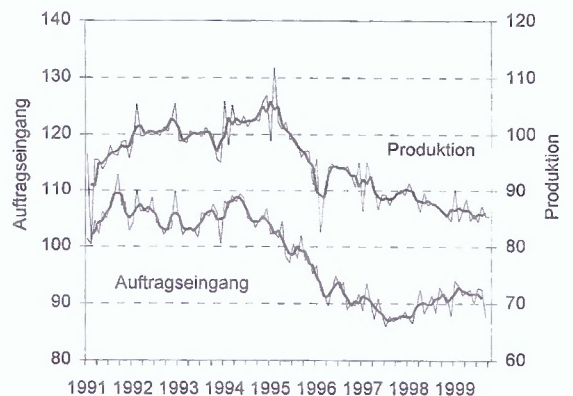
Auftragseingang
im verarbeitenden Gewerbe
aus dem Inland und Ausland
1995 = 100



Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten
1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex
für das Bauhauptgewerbe
1995 = 100



Volumenindizes; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

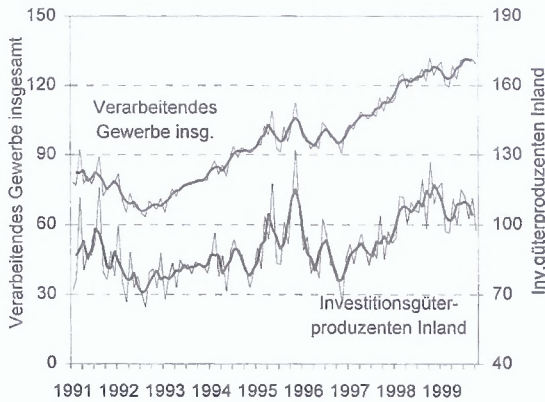
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen ging bis Jahresende merklich zurück. Die Einschränkung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor allem in Ostdeutschland haben diesen Rückgang noch verstärkt. Da bis Ende 1998 ein hohes Niveau erreicht worden war, lag im Jahresdurchschnitt 1999 die Zahl der Erwerbstätigen noch um gut 100 000 über dem Wert vom Vorjahr. Die Arbeitslosenquote sank — auch demographisch bedingt — von 10,6% (1998) auf 10,2% (1999). Zum Abbau der Arbeitslosigkeit kam es indes nur in Westdeutschland.

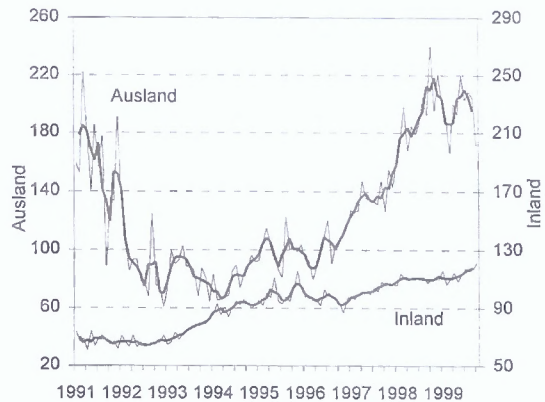
Im Zuge der konjunkturellen Belebung wird die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf dieses Jahres wieder merklich steigen und im Jahresdurchschnitt 2000 um etwa 60 000 Personen höher sein als 1999. Wegen der demographisch bedingten Entlastung des Arbeitsmarktes wird die Zahl der Arbeitslosen stärker zurückgehen, als die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Im Jahresdurchschnitt werden etwa 200 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet sein als 1999. Die Arbeitslosenquote geht damit auf 9,8% zurück.

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

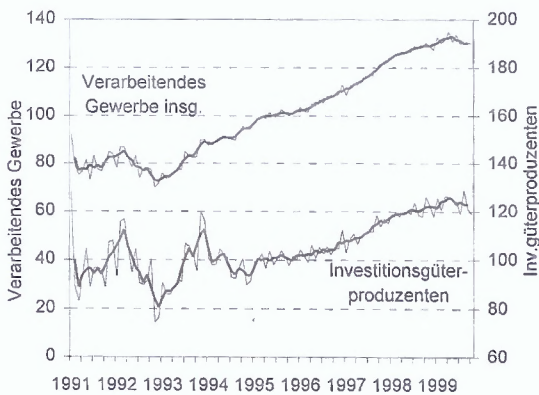
Auftragseingang
im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei
Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland
1995 = 100



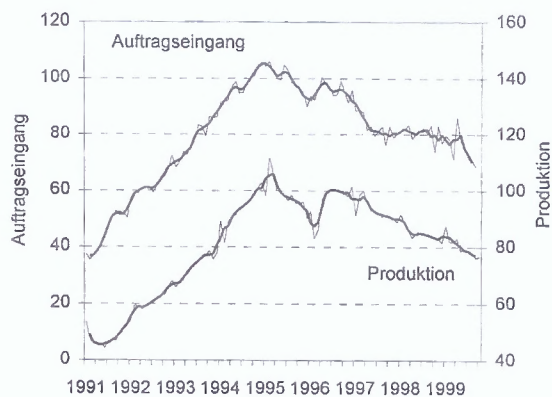
Auftragseingang
im verarbeitenden Gewerbe
aus dem Inland und Ausland
1995 = 100



Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten
1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex
für das Bauhauptgewerbe
1995 = 100



Volumenindizes; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

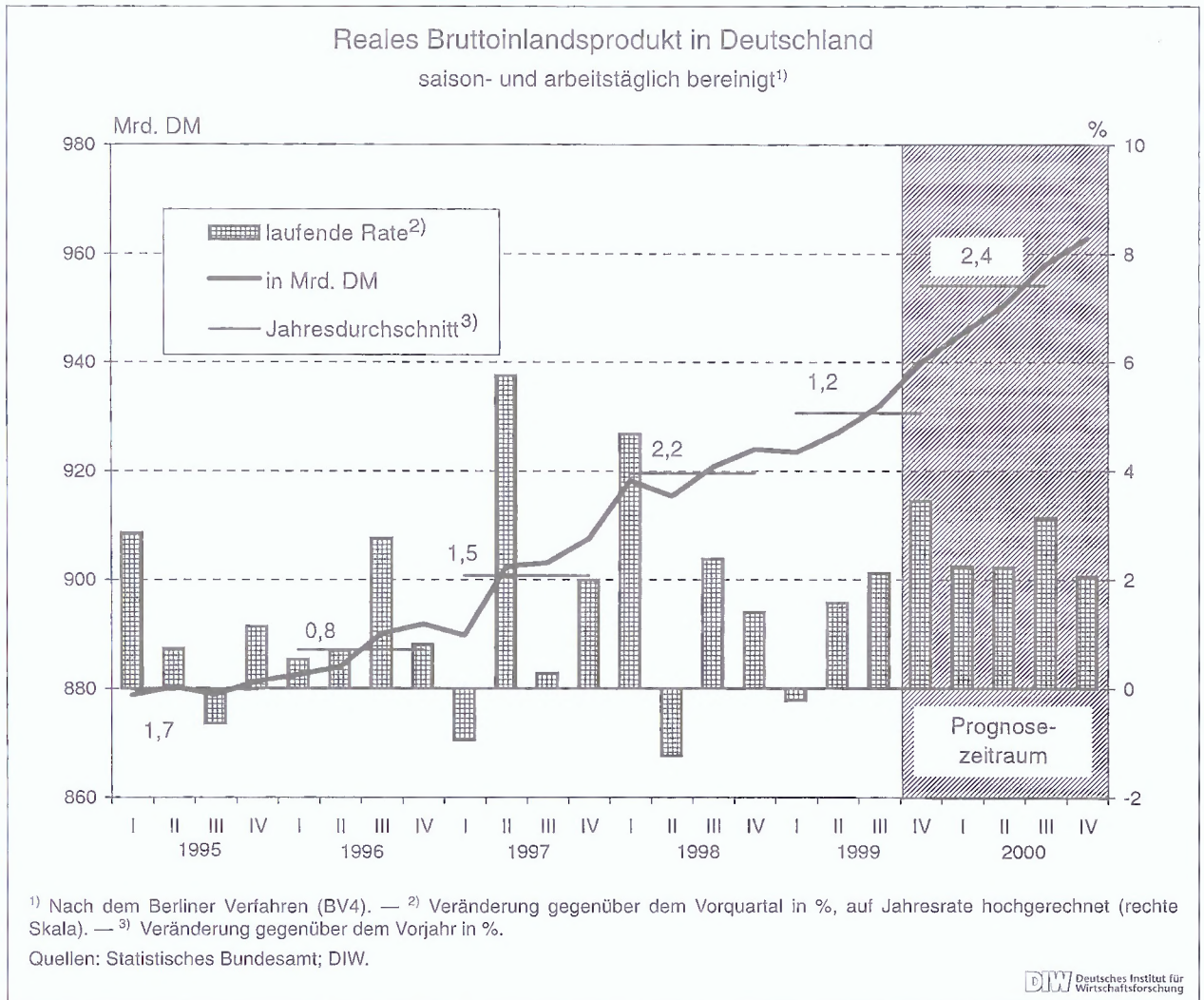
Öffentliche Haushalte

Seit Jahren ist es primäres Ziel der Finanzpolitik, die Defizite in den öffentlichen Haushalten nachhaltig zu verringern. Trotz der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist dies auch gelungen. Von 1996 bis 1998 ist das Staatsdefizit in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um fast die Hälfte — von 121 auf 65 Mrd. DM — gesunken. Zu dieser Entwicklung kam es vor allem infolge von Kürzungen auf der Ausgabenseite, so bei den öffentlichen Investitionen,

im Personalbereich, aber auch bei den sozialen Leistungen.

Entgegen der Prognose vor Jahresfrist sind die Defizite im abgelaufenen Jahr nicht gestiegen, sondern weiter, auf 54 Mrd. DM, zurückgegangen — und dies, obwohl die Bundesregierung nach den Wahlen den Konsolidierungskurs etwas gelockert hatte. So waren das Kindergeld erhöht, die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik aufgestockt und Sparmaßnahmen der alten Regierung im Bereich der Sozialkassen zurückgenommen worden. Mehrausgaben an anderer Stelle wie der Defizitausgleich

Abbildung 10



bei den Pensionskassen der Post-Nachfolgeunternehmen wurden durch Verkäufe von Bundesvermögen (Post, Postbank) finanziert.² Erheblich begünstigt wurde der Defizitabbau durch die relativ positive Entwicklung der Steuereinnahmen; dabei spielte das Auslaufen von Steuervergünstigungen und Steuerrechtsänderungen eine besondere Rolle. Während die Haushalte der Gebietskörperschaften mit einem Defizit von 66 Mrd. DM abschlossen, erzielten die Sozialversicherungsträger einen Überschuss von 12 Mrd. DM; davon entfielen auf die Rentenversicherungen knapp 10 Mrd. DM.

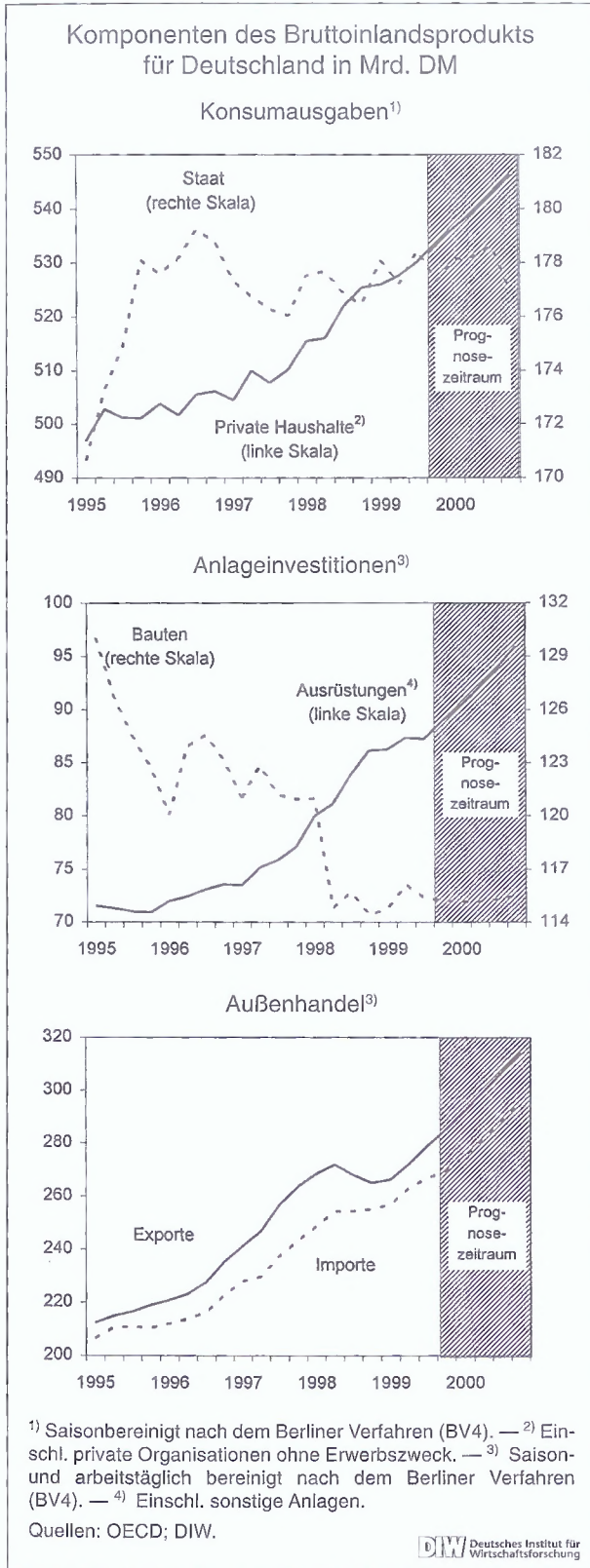
In diesem Jahr kann mit einem weiteren Rückgang des Staatsdefizits, und zwar auf 45 Mrd. DM, gerechnet werden. Die Fehlbeträge der Gebietskörperschaften dürften sich auf 53 Mrd. DM verringern, doch auch die Überschüsse der Sozialversicherungen werden voraussichtlich etwas kleiner ausfallen (8 Mrd. DM). Damit würde bei der Defizitquote bereits in diesem Jahr fast der Wert von 1 % erreicht, der von der Bundesregierung für 2003 ange-

strebt wird. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben werden mit Raten von 2,0 % bzw. 1,4 % deutlich schwächer als im Vorjahr zunehmen.

Dabei dürfte sich das Steueraufkommen etwas stärker als die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage entwickeln. Per saldo werden die verschiedenen Steuerrechtsänderungen die öffentlichen Kassen eher entlasten als belasten. Senkungen bei der Einkommensteuer (15 Mrd. DM) und Maßnahmen zur Familienentlastung (4 Mrd. DM) stehen Mehreinnahmen durch die Fortführung der Ökosteuerreform (10 Mrd. DM) sowie durch die Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen (13,5 Mrd. DM) gegenüber. Auch wird der aufkommensmindernde Effekt der vor allem im Zusammenhang mit

² Anders als in der Finanzstatistik werden diese Verkäufe in der VGR nicht als einnahmewirksame Transaktion verbucht, da der Staat allein in seiner Funktion als Konsument, Produzent oder Investor erfasst wird.

Abbildung 11

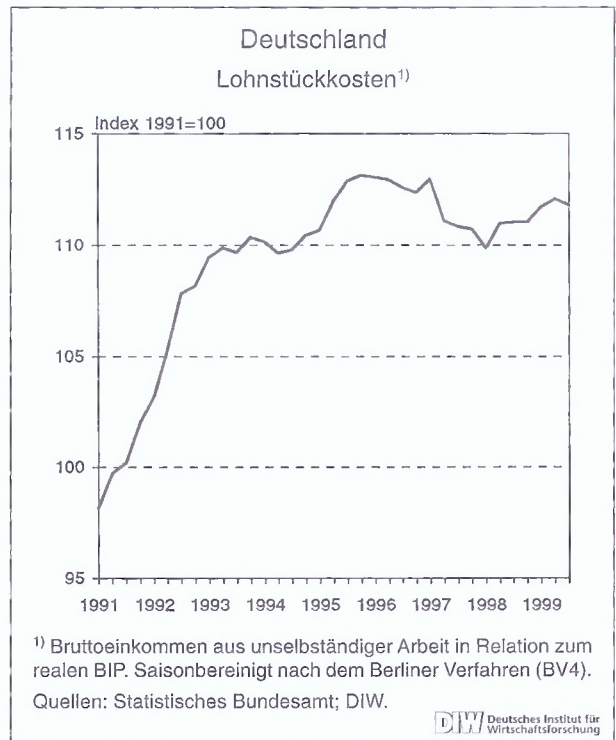


nahmen aus Sozialbeiträgen nur schwach erhöhen, weil der Beitragssatz zur Rentenversicherung voraussichtlich auf 19,3 % gesenkt wird. Einnahmefälle bei der Sozialversicherung entstehen auch dadurch, dass die Bundesregierung die von ihr gezahlten Beiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger deutlich verringert hat. Zu Einbußen wird es bei der Gewinnausschüttung durch die Bundesbank kommen, nachdem in den Vorjahren Sonderfaktoren wirksam gewesen waren. In der Prognose ist eine Ausschüttung von unter 10 Mrd. DM unterstellt (1999: 13,8 Mrd. DM).

Die Entwicklung auf der Ausgabenseite wird durch das „Sparpaket“ der Bundesregierung geprägt. Es soll mit einem Volumen von 28 Mrd. DM umgesetzt werden; Maßnahmen, die eine Lastenabwälzung auf Länder und Gemeinden mit sich bringen, sind ausgesetzt worden. Durch das Sparpaket dürfte der Bundeshaushalt nur um 15 Mrd. DM entlastet werden. Bei über 4 Mrd. DM handelt es sich um Luftbuchungen und bei knapp 9 Mrd. DM um Überwälzungen auf die Sozialversicherungen, die wiederum um 4,5 Mrd. DM infolge der gekappten Rentenanpassung — die Renten werden lediglich im Ausmaß der Inflationsrate angehoben — entlastet werden.³ Die Rentner werden in doppelter Hinsicht getroffen: Neben

³ Vgl. im einzelnen: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/99, S. 540 sowie Herbstgutachten der Forschungsinstitute. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/99, S. 796.

Abbildung 12



dem „Aufbau Ost“ gewährten Steuervergünstigungen weiter an Bedeutung verlieren. Hingegen dürften sich die Ein-

der Kappung der Renten werden sie durch die Ökosteuern belastet.

Das Sparpaket wird sich vornehmlich in den Vorleistungskäufen des Staates wie auch den monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte niederschlagen; diese Ausgaben dürften mit jeweils 1½% zunehmen. Dabei werden die Auswirkungen des Sparpakets auf die Entwicklung der Sozialleistungen durch die Aufstockung des Kindergeldes in Höhe von fast 4 Mrd. DM unterzeichnet. Auch die Personalausgaben dürften sehr moderat expandieren. Zum einen werden wie in all den Jahren zuvor die Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst teilweise durch die Verringerung der Beschäftigtenzahl kompensiert. Zum anderen fallen die Gehaltssteigerungen schwach aus, weil auch die Beamtengehälter nur mit der Inflationsrate steigen sollen; im Angestellten- und Arbeiterbereich ist ebenfalls mit niedrigeren Abschlüssen als im Vorjahr zu rechnen.

Bei den öffentlichen Investitionen ist eine Belebung nach wie vor nicht in Sicht. Zwar ist ihr dramatischer Rückgang bereits im Vorjahr zum Stillstand gekommen, doch hat sich die Finanzlage der Gemeinden als Hauptinvestor der öffentlichen Hand noch nicht so weit gebessert, dass endlich wieder mehr Mittel für investive Zwecke ausgegeben werden können. Vor allem die ostdeutschen Gemeinden leiden unter chronischer Finanzschwäche; gerade hier ist jedoch der Investitionsbedarf hoch. Um so

mehr sind Bund und Länder gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Gemeinden ihre Investitionsausgaben aufstocken können.

Alles in allem werden von der Finanzpolitik auch in diesem Jahr restriktive Impulse⁴ auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Mit 12 Mrd. DM werden sie ähnlich hoch wie im Vorjahr sein; bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt machen sie 0,3% aus. Unter Berücksichtigung der multiplikativen Verknüpfungen wird der negative Effekt auf etwa einen halben Prozentpunkt des nominalen Bruttoinlandsprodukts geschätzt. In ihrem Herbstgutachten hatten die Institute den restriktiven Impuls allein durch das Sparpaket auf 0,4% veranschlagt. Gemildert wird dieser Impuls z. B. durch die Anhebung des Kindergeldes oder die — wenn auch geringen — steuerlichen Entlastungen.

⁴ Das Impulskonzept des DIW beruht auf einem Vorjahresvergleich. Es fußt auf der Vorstellung, daß vom Staat weder positive noch negative Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgehen, wenn die staatlichen Einnahme- und Ausgabequoten bezogen auf das nominale Produktionspotential konstant bleiben. Als Impulse sind die Abweichungen der inlandswirksamen Einnahmen und Ausgaben definiert, die sich gegenüber dem realisierten Vorjahresniveau, fortgeschrieben mit dem Anstieg des nominalen Produktionspotentials, ergeben. Nachfragerrelevant sind nicht nur diskretionäre Änderungen im Staatshaushalt, sondern auch und vor allem die automatischen Stabilisatoren.

Offensivere Wirtschaftspolitik erforderlich

Die sich abzeichnende konjunkturelle Beschleunigung ändert nichts daran, dass die Probleme auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland auf absehbare Zeit ungelöst bleiben; das gilt vor allem für Ostdeutschland. Nach den mehrfachen konjunkturellen Rückschlägen im Verlauf der neunziger Jahre kann eine durchgreifende Verbesserung der Beschäftigungssituation nur erreicht werden, wenn es vor allem anderen gelingt, einen wirtschaftlichen Expansionspfad zu erreichen, der jene Intensität und Stabilität aufweist, die die Unternehmen auf breiter Front veranlasst, den Einsatz von Arbeit kräftig auszuweiten. Dass dies möglich ist und den modernen Volkswirtschaften die Arbeit nicht prinzipiell ausgeht, zeigen die Beispiele anderer Länder. Das gilt insbesondere für die USA, aber auch in Europa gelang es einigen Ländern wie Frankreich, das Arbeitsvolumen — also die Zahl der eingesetzten Arbeitsstunden — in den neunziger Jahren auszuweiten (Abbildung 13).⁵ Vor allem in den USA, aber bis zu einem gewissen Grad auch in Frankreich war die Wachstumsdynamik im vergangenen Jahrzehnt größer und steiler als in Deutschland (Abbildung 14).

Dies ist denn auch die entscheidende Herausforderung für die Wirtschaftspolitik: Sie muss den Weg ebnen für eine Wachstumsentwicklung, die anders als 1994/95 und 1997/98 nicht schon zum Erliegen kommt, bevor die Probleme am Arbeitsmarkt sich entschärft haben. Hier, in der Ausweitung der Arbeitsnachfrage durch eine kräftige Wirtschaftsentwicklung, liegt der Königsweg zu mehr Beschäftigung. Eine solche offensive Strategie erfordert allerdings die Ausrichtung aller Politikbereiche auf Wachstum. Von isolierten Maßnahmen in einzelnen Politikbereichen, wie der Unternehmenssteuerreform, eine Lösung des Beschäftigungsproblems zu erhoffen, wäre illusorisch. Dabei sollte die Wirtschaftspolitik einen an den Wachstumsmöglichkeiten ausgerichteten Kurs einschlagen und dauerhaft einhalten. Weder in der Geld- noch in der Finanz- und Lohnpolitik war dies in den vergangenen Jahren der Fall.

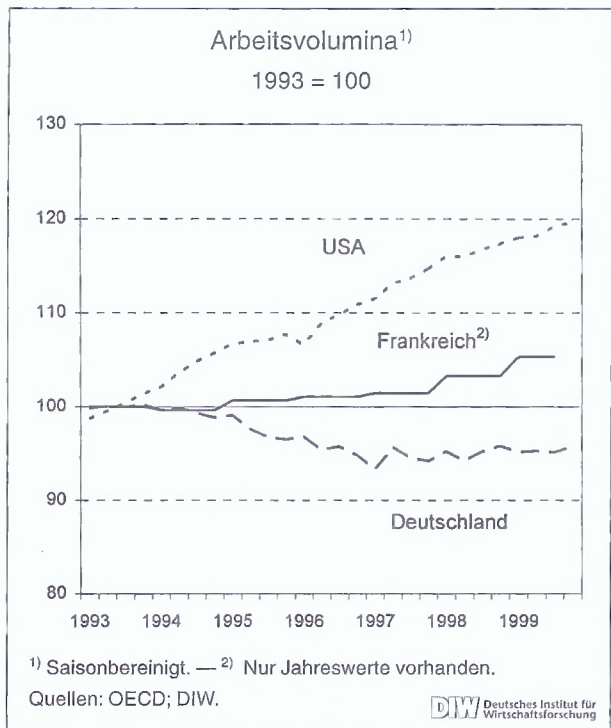
Im Grunde sind die Voraussetzungen für eine offensive Strategie — wie schon 1994 — eher günstig. Von der deutlichen Beschleunigung der Exporte gehen expansive Impulse aus. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wäre es nun, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Exportdynamik auch in einen binnenwirtschaftlich getragenen lang anhaltenden Aufschwung mündet. Dabei gilt es, nicht zu wenig Ehrgeiz zu entwickeln: Auch in Deutschland sind Wachstumsraten von 3 % über mehrere Jahre hinweg erreichbar. In diesem Falle könnte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar verbessern.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen liefern ein zwiespältiges Bild. Die Geldpolitik hat bereits

im Herbst den zuvor verfolgten Expansionskurs verlassen. Die Absicht war es, inflationsbeschleunigende Tendenzen vorbeugend zu bekämpfen. Derzeit deutet allerdings noch kein Frühindikator darauf hin, dass sich die höheren Preise für Importgüter tatsächlich in einer dauerhaft höheren Inflationsrate niederschlagen. Aus dem Zinsschritt der EZB könnte man daher ableiten, dass sie einen Wachstumspfad von über 3 % für inflationsträchtig hält. Ob diese Befürchtung berechtigt ist, kann vor dem Hintergrund, dass es sich bei der EWU um einen neu geschaffenen Währungsraum handelt, letztlich noch nicht beantwortet werden. Der empirische Test, ob diese Chance besteht, kann nicht stattfinden, wenn die konjunkturelle Erholung bereits im Anfangsstadium gebremst wird. Dabei wären die Kosten eines solchen „Versuchs“ gering, denn eine rechtzeitige Bekämpfung eventuell aufkeimender Inflation wäre auch zu einem späteren Zeitpunkt — nämlich dann, wenn Frühindikatoren wie die Lohnstückkostenentwicklung tatsächlich darauf hindeuten — möglich, ohne dass es einer Stabilisierungsrezession bedürfte. Vor dem Hintergrund der aktuellen geldpolitischen Ausrichtung ist ein Einschwenken der Wirtschaft im

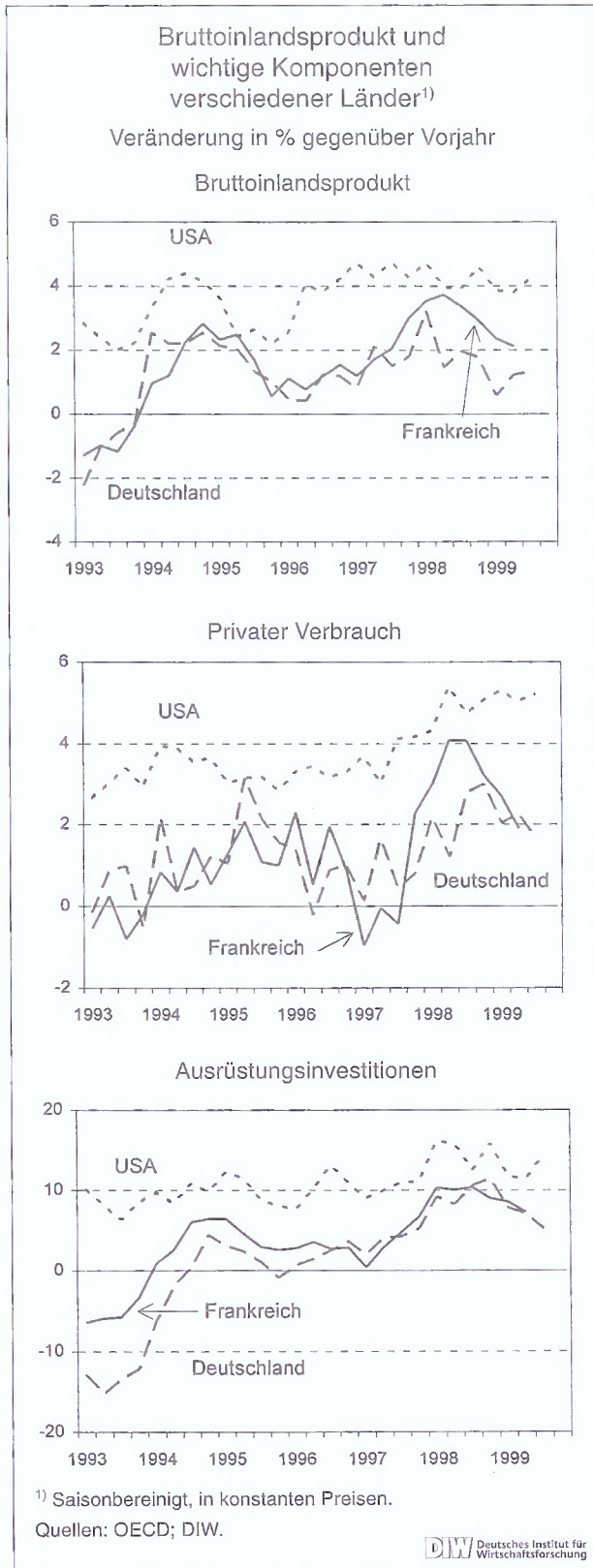
⁵ Vgl.: Beschäftigungspolitische Strategien und Erfolge — Großbritannien und Frankreich im Vergleich. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/99.

Abbildung 13



Euro-Raum auf einen Wachstumspfad von über 3% daher nicht zu erwarten.

Abbildung 14



Die Möglichkeiten der Geldpolitik, der deutschen Konjunktur Impulse zu verleihen, sind allerdings begrenzt. In einem gemeinsamen Währungsraum darf sie sich ausschließlich am Durchschnitt der EWU orientieren. Derzeit ist die konjunkturelle Lage im Euro-Raum im Durchschnitt besser als in Deutschland. Länder wie Spanien, Portugal und Irland befinden sich in einem wachstumsträchtigen Aufholprozess, bei dem sich das Produktionspotential in der Regel sehr rasch ausweitet. Auffallend ist allerdings, dass auch in den meisten EU-Kernländern, darunter in Frankreich, seit 1997 merklich höhere Wachstumsraten erzielt werden. Eine große Rolle hierfür spielt, dass die Binnennachfrage, insbesondere der private Verbrauch, in diesen Ländern wesentlich kräftiger expandiert als in Deutschland.⁶ Das Fehlen dieser binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte ist ursächlich für das unbefriedigende Erscheinungsbild der deutschen Wirtschaft. Folglich können vor allem primär in Deutschland zur Verfügung stehende Politikinstrumente eine Verbesserung der Lage herbeiführen.

Auch die Finanzpolitik unterliegt Beschränkungen. Sie ergeben sich aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Mit ihm ist die Bundesrepublik die Verpflichtung eingegangen, die öffentlichen Haushalte auf mittlere Sicht auszugleichen. Bisher hatte die Bundesregierung den Anschein erweckt, als wolle sie diese Defizitvorgaben unabhängig von der konjunkturellen Lage einhalten. Nun hat sie überraschend nicht nur die für 2002 geplanten Steuerentlastungen auf 2001 vorgezogen, sondern für die Jahre danach weitere Entlastungen angekündigt. Teilweise sollten diese über Vermögensverkäufe finanziert werden, teilweise werden damit die Steuerermehreinnahmen an die Steuerbürger „zurückgegeben“, teilweise sollten die Entlastungen über Kredite vorfinanziert werden. Je weniger dabei auf die Ausgabenbremse getreten wird, um so mehr wird der Aufschwung zumindest durch die Finanzpolitik gefestigt.

Die Lohnpolitik hatte von 1996 bis 1998 einen ausgeprägt moderaten Kurs verfolgt; die nominalen Lohnzuwächse waren deutlich hinter der Produktivitätszunahme und damit hinter einer Potentialorientierung zurückgeblieben. Erst im vergangenen Jahr änderte sich der Kurs leicht, und die Lohnsteigerungen näherten sich wieder der Entwicklung der trendmäßigen Produktivität an. Die Beschäftigungseffekte einer derartigen lohnpolitischen Strategie resultieren weitgehend aus der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.⁷ Sie reichen aber offenkundig nicht aus, die Binnennachfrage zu stimulieren.

⁶ Vgl. Die Entwicklung des privaten Verbrauchs in der EWU zur Jahresmitte. Bearb.: Jochen Schmidt. In Wochenbericht des DIW, Nr. 39/99.

⁷ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1999/2000, Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Ziffer 340.

Das gilt besonders dann, wenn wie 1997/98 die außenwirtschaftliche Dynamik durch nicht zu beeinflussende Turbulenzen gestört wird.

Nimmt man alle Politikbereiche zusammen, erscheint es fraglich, ob die Wirtschaftspolitik in Deutschland den Rahmen weit genug gesteckt hat, um eine gesamtwirtschaftliche Expansion in einer Größenordnung zu ermöglichen, die zu einer spürbaren Verringerung der Beschäftigungsprobleme führen könnte. Derzeit besteht vor allem die Hoffnung auf eine dynamische Exportentwicklung, die diese konzeptionellen Schwächen zumindest teilweise auffängt. Solange die Konjunkturentwicklung in den anderen Ländern der EWU und in den USA so kräftig bleibt, ist diese Hoffnung sogar begründet. Hilfreich ist auch die derzeitige Abwertung des Euro. Nach den weltwirtschaftlichen Turbulenzen 1997/98 und deren Konsequenzen sollte aber auch deutlich geworden sein, dass diese Strategie riskant ist. Jeder außenwirtschaftliche Rückschlag verhindert einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Sicherer wäre — ähnlich wie in Frankreich — eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die auch auf die Stärkung der Binnennachfrage setzt. Soll der sich abzeichnende Aufschwung über einen längeren Zeitraum — ähnlich lang wie in den USA — andauern, ist es unumgänglich, die Binnennachfrage zu stärken. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß 2001 das Wachstum schon wieder zu moderat ausfällt, um nachhaltige Beschäftigungswirkungen zu erzielen. Wünschenswert wäre es, Europa könnte mit einem länger anhaltenden hohen Wachstum die USA als weltwirtschaftlichen Konjunkturmotor ablösen.

Geldpolitik

Mit der Zinsentscheidung vom Herbst vorigen Jahres hat die EZB zum ersten Mal seit Übernahme der geldpolitischen Verantwortung zum Jahresbeginn 1999 ihren Kurs gestrafft, nachdem sie noch ein halbes Jahr zuvor, im April, ihre Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt hatte. War diese Zinserhöhung wirklich erforderlich, um die Inflationsrate innerhalb des Zielkorridors zu halten? Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, dass die EZB anstrebt, die Inflationsrate mittelfristig unter 2% zu halten; auch nach ihrer Auffassung wären demnach absehbar kurzfristige Überschreitungen dieser Rate mit ihrem Stabilitätskonzept vereinbar.

Die von der EZB selbst gewählten Indikatoren geben derzeit keinen Hinweis auf eine Zielverfehlung. Insbesondere die Unsicherheiten, die die Geldmengenentwicklung im Vorjahr im Zusammenhang mit dem Jahreswechsel beeinflusst haben, sprachen dafür, diesen Schritt nicht so frühzeitig zu vollziehen, sondern sich zumindest erst Klarheit über das Ausmaß der von den Unsicherheiten ausgehenden Verzerrungen zu verschaffen.

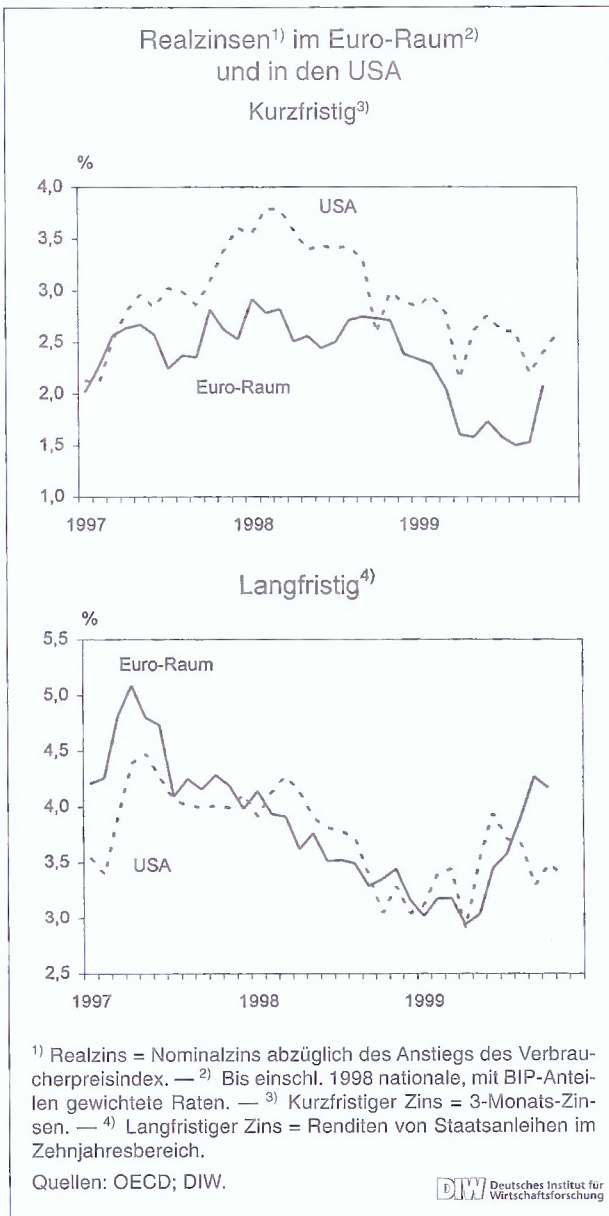
Aber auch die Beurteilung der Inflationsgefahren seitens der EZB wirft Fragen auf. Sicherlich ist es richtig, dass derzeit zumindest aus europäischer Sicht keine Deflation droht. Doch ist nicht einzusehen, weshalb sich binnen eines halben Jahres ein Wechsel von einem Deflations- zu einem Inflationsrisiko vollzogen haben soll, der die EZB die Richtung ihrer Zinspolitik wechseln ließ. Tatsächlich haben sich außer dem Anstieg der Rohölpreise und der Abwertung des Euro keine neuen Anhaltspunkte ergeben, die eine Inflationsbeschleunigung signalisieren. Für sich genommen lösen die Ölverteuerung und die Abwertung des Euro keine Inflationsbeschleunigung aus. Erst wenn sie sich in deutlich erhöhten Produzentenpreisen und vor allem in höheren Lohnabschlüssen niederschlagen, droht ein sich verfestigender stärkerer Preisauftrieb, mit dem schließlich auch das Stabilitätsziel verfehlt werden kann. Eine solche Entwicklung ist jedoch — wie im EWU-Teil dargelegt — derzeit nicht zu erkennen, und erst wenn man sie erkennt, ist der Zeitpunkt für eine Zinserhöhung gekommen.

Auf den ersten Blick plausibler kann die Erhöhung der Leitzinsen damit begründet werden, dass die Konjunkturaussichten für die EWU sich inzwischen so aufgeheitert hätten, dass eine Zinserhöhung notwendig gewesen sei, um dem aus einem kräftigen Wachstum entstehenden Inflationsimpuls frühzeitig zu begegnen. Sicherlich erweitert eine günstigere Konjunkturentwicklung den Spielraum der Anbieter, die Preise zu erhöhen; dies gilt besonders solange, wie die Abwertung des Euro die preisliche Konkurrenzfähigkeit von Anbietern außerhalb der Eurozone beeinträchtigt. Ob daraus ein stabilitätsgefährdendes Potential entsteht, ist jedoch fraglich. Denn zum einen ist damit zu rechnen, dass der Euro in diesem Jahr nicht anhaltend abwerten, sondern gegenüber dem Dollar sogar an Wert gewinnen wird, so dass der Konkurrenzdruck von dieser Seite wieder zunehmen dürfte. Zum anderen bleibt der Konkurrenzdruck auch innerhalb des Euro-Raums hoch, da das Produktionspotential nach wie vor unterausgelastet ist und die Lohnsteigerungen gering bleiben.⁸ Unter diesen Rahmenbedingungen ist es unwahrscheinlich, dass sich trotz der prognostizierten Beschleunigung der Konjunktur im Euro-Raum Inflationsgefahren herausbilden. Nebenbei: Fast alle Vorhersagen für die weitere Entwicklung der Konjunktur im Euro-Raum unterscheiden sich nicht wesentlich von jenen im Frühjahr 1999, dem Zeitpunkt der Leitzinssenkung. Insofern hätten Befürchtungen einer Inflation auch damals schon von Bedeutung sein müssen.

Je weniger überzeugend die Leitzinserhöhung mit aufkeimenden Inflationsgefahren zu begründen ist, desto mehr gewinnt sie unter einem anderen — wesentlicheren — Aspekt an Bedeutung. Sie ist symptomatisch für eine

⁸ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44-45/99.

Abbildung 15



tendenziell restriktive Ausrichtung der EZB, die damit an Verhaltensweisen der Bundesbank anzuknüpfen scheint. Offensichtlich folgt die Geldpolitik in Europa einem eher restriktiven Leitbild, das im Zweifel Inflationsrisiken per se ein höheres Gewicht beimisst als den Risiken für Wachstum und Beschäftigung. Dies lässt sich anhand eines Vergleichs von Reaktionen der EZB mit denen der amerikanischen Zentralbank auf die außenwirtschaftlichen Turbulenzen zeigen. Die negativen Nachfrageimpulse aus dem Ausland waren für beide Wirtschaftsräume ähnlich stark. Beide befanden sich jedoch 1997/98 in einer sehr unterschiedlichen Konjunkturlage. Während sich die Wirtschaft der USA schon längere Zeit auf einem Wachstumspfad mit einer Jahreszuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion von mehr als 3% befand, begann die europäi-

sche Wirtschaft sich gerade von einem konjunkturellen Rückschlag zu erholen, um dann ein Wachstum von knapp 3% zu erreichen.

Betrachtet man die Zinsentwicklung von 1997 bis 1999, zeigt sich, dass die kurzfristigen Realzinsen in den USA fast während des gesamten Zeitraums höher waren als in Europa (Abbildung 15). Hierin spiegelt sich der etwas straffere Kurs der amerikanischen Geldpolitik, der sich durch die deutlich günstigere Konjunkturlage erklärt. Erstaunlich sind allerdings die Veränderungen der Zinsen im betrachteten Zeitraum. Bei zunächst unveränderten nominalen Leitzinsen zogen die realen Geldmarktzinsen in den USA bis Anfang 1998 an und gingen dann, unterstützt von einer Senkung der Leitzinsen im Sommer 1998, bis Anfang vorigen Jahres zurück. Erst seitdem weisen sie wieder eine leicht steigende Tendenz auf, die wiederum durch erhöhte Leitzinsen hervorgerufen wurde. Ende 1999 waren die kurzfristigen Realzinsen in den USA trotz immer noch hoher Wachstumsraten und unverändert günstiger Arbeitsmarktlage — beides eigentlich Voraussetzungen für deutlich erhöhte Inflationsraten — etwa so hoch wie Anfang 1997, also vor dem Beginn der außenwirtschaftlichen Turbulenzen.

In Europa war bis Anfang 1998 ebenfalls ein Zinsanstieg, hier durch die Leitzinserhöhung der Bundesbank vom Herbst 1997 induziert, zu beobachten. Erst gegen Ende 1998, als die EWU-Zentralbanken schon im Währungsverbund gemeinsam den Leitzins leicht zurücknahmen, setzte ein fühlbarer Rückgang der Geldmarktzinsen ein — etwa ein halbes Jahr später als in den USA. Die Zinssenkung vom Dezember 1998 war aber im Grunde genommen lediglich die Rücknahme der Zinserhöhung von einem Jahr zuvor. Diese Erhöhung war nicht berechtigt gewesen, denn die damals befürchtete Inflationsbeschleunigung hatte zu keinem Zeitpunkt eine empirische Basis. Somit besteht die monetäre Krisenreaktion in Europa eigentlich allein in der Leitzinssenkung vom Frühjahr 1999. Sie setzte also erheblich später ein als in den USA. Aber nur wenig später als in den USA erhöhte die EZB wieder den Leitzins. Die monetäre Lockerung als Folge der Krise war trotz der ungünstigeren Konjunktur von erheblich kürzerer Dauer. Die Geldpolitik in Europa hat somit in dieser schwierigen Phase der Konjunktur erheblich weniger Impulse gegeben als in den USA.

Dies spiegelt sich auch am Kapitalmarkt wider. Die weltwirtschaftlichen Turbulenzen schlugen sich wegen der damit verbundenen Erwartungen einer Konjunkturdämpfung und dank des Kapitalzustroms aus den Krisenländern sowohl in den USA als auch in Europa in einem deutlichen Rückgang der Kapitalmarktzinsen nieder. Dass mit der allmählichen Überwindung der Krisen und dem damit verbundenen Rückfluss von Kapital im Frühjahr 1999 sich in beiden Kontinenten wieder höhere Zinsen am Kapitalmarkt herausbilden würden, war erwartet worden. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Kapitalmarktzinsen in

realer Rechnung in Europa derzeit höher sind als in den USA. Die Konjunktur und somit auch die Rentabilitätschancen für Kapital werden aber im Verlauf dieses Jahres in Europa bestenfalls so gut sein wie in den USA. Hieraus wäre abzuleiten, dass in Europa die Realzinsen nicht höher, sondern niedriger, die Finanzierungsbedingungen für Investitionen also günstiger und nicht schlechter sein müssten als in den USA. Hinzu kommt, dass weitere Zinssteigerungen in Europa erwartet werden. Erste Ankündigungen der EZB scheinen dafür zu sprechen. Damit zeichnet sich eine monetäre Konstellation ab, die den Aufschwung in Europa mit einer Hypothek belastet. Dieses Hemmnis dürfte vorerst durch den expansiven außenwirtschaftlichen Impuls überspielt werden, so dass die Wachstumsaussichten in diesem Jahr hiervon nicht wesentlich getrübt werden dürften. Auf Dauer wird sich dieser allzu vorsichtige Kurs bemerkbar machen.

Die EZB hätte trotz der Überwindung der außenwirtschaftlichen Krisen ihren ausgeprägten expansiven Kurs fortsetzen sollen. Dann hätte die Chance bestanden, die Realzinsen in Europa niedriger zu halten und damit die Voraussetzungen für einen lang anhaltenden dynamischen Aufschwung zu verbessern. Diese Chance wurde mit dem Richtungswechsel vom November erheblich verringert. Die EZB setzt damit die Tradition der Bundesbank aus den neunziger Jahren fort, die monetären Rahmenbedingungen im Zweifel enger zu gestalten. Zweifellos vermeidet sie mit diesem Kurs Inflation — dies allerdings um den Preis ungenügenden Wachstums.

Abwertung des Euro nicht dramatisch

Im vorigen Jahr gehörte der Euro zu den Währungen mit dem stabilsten Binnenwert. Trotzdem ist sein Außenwert mit nur wenigen Unterbrechungen gesunken. Im Dezember war er gegenüber 13 Währungen um ein Zehntel und gegenüber dem US-Dollar sogar um 13 % niedriger als ein Jahr zuvor. Die D-Mark, die langjährige Ankerwährung in Europa, dürfte derzeit — gemessen an der Verbraucherpreisparität — gegenüber dem Dollar um ein Zehntel unterbewertet sein (Abbildung 16). Erklärt wird die Abwertung häufig mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland, die das Image des Euro schädige. So wird die fragwürdige Aktion zur Rettung des Holzmann-Konzerns als Grund genannt, nicht zuletzt von der EZB, die zwar explizit keine Wechselkurspolitik betreibt, aber de facto — und damit im Widerspruch zu ihrer intendierten währungspolitischen Abstinenz — mit ihrer Äußerung Wasser auf die Mühlen der Währungsspekulanten gegossen hat.

Beweisbar ist diese Erklärung der Euro-Abwertung freilich nicht. Ebenso gut ist das Gegenargument, ausgerechnet nach der Holzmann-Aktion seien die deutschen Aktienkurse in die Höhe geschneit, und in der ersten Hälfte der 90er Jahre sei die D-Mark trotz vehementer Kritik an

der deutschen „Standortpolitik“ stark überbewertet gewesen. Weniger spektakulär, dafür empirisch besser fundiert ist die Hypothese, zur tendenziellen Abwertung der D-Mark seit Sommer 1995 habe der tendenzielle Abbau des Anleihezins-Gefälles zwischen den USA und Deutschland wesentlich beigetragen (Abbildung 17). Schließlich spiegeln — zum Teil sehr kurzfristig orientierte — Kursbewegungen kaum fundamentale Tendenzen wider.

Gegen die Fokussierung auf die Relation zwischen der D-Mark bzw. dem Euro einerseits und dem Dollar andererseits wird gelegentlich eingewendet, die D-Mark und der Euro hätten seit Anfang 1999 auch gegenüber anderen Währungen, namentlich dem japanischen Yen, an Wert verloren. Dieser Einwand wird allerdings entkräftet, nimmt man ins Bild, dass seit Anfang 1999 auch der Dollar gegenüber dem Yen an Wert eingebüßt hat. Niemand wird hierin ein Indiz für eine fundamentale Verschlechterung des Standortes USA sehen. Sollte dies nicht diejenigen nachdenklich stimmen, die zwar jederzeit eine Abwertung des Euro mit einer Abwertung des Standortes Europa gleichsetzen, aber die Analogie bei einer Aufwertung nicht gelten lassen?

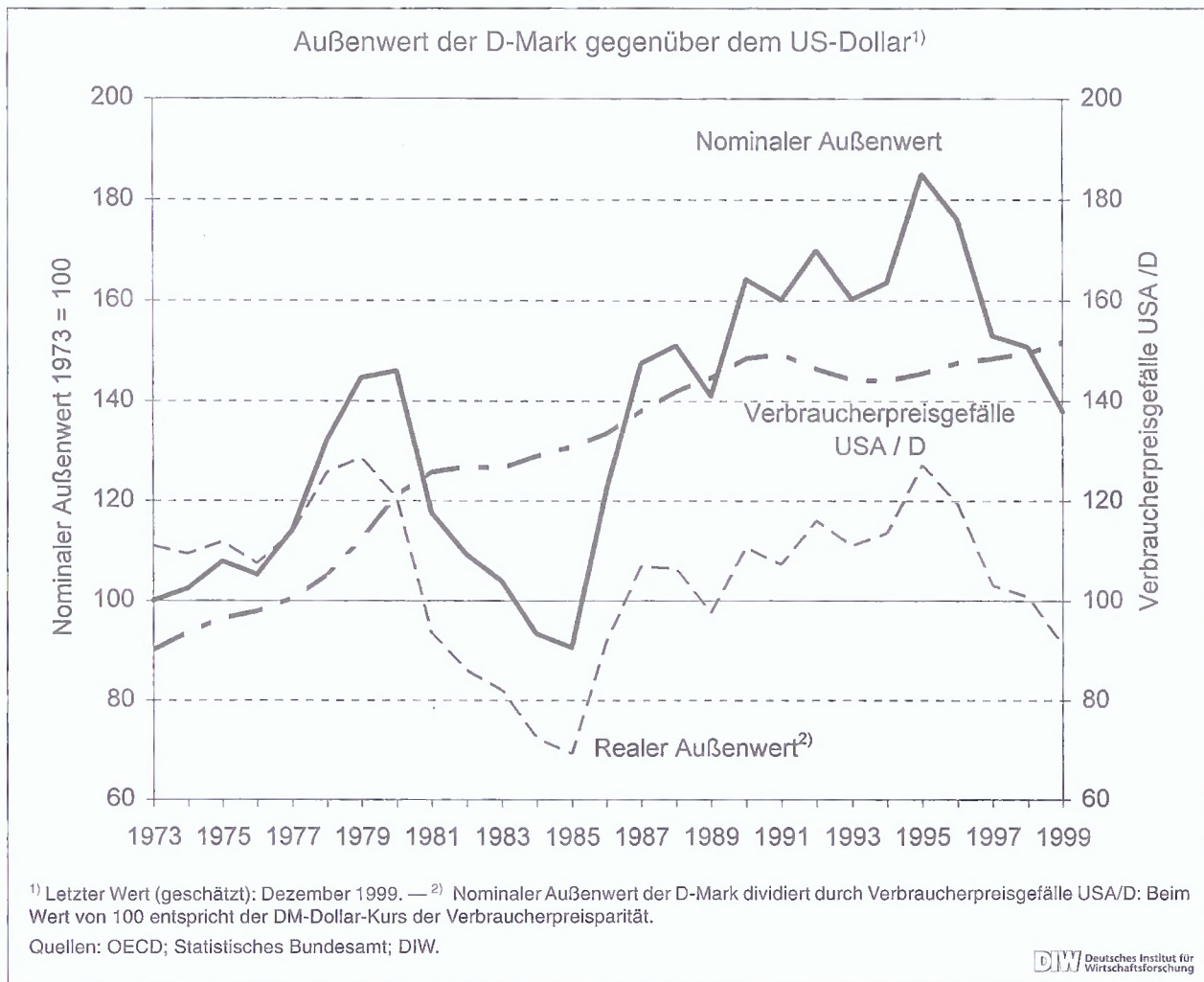
Die Abwertung des Euro hat zweischneidige Wirkungen. Sie stimuliert den Export, wirkt aber auch preissteigernd. Die Wechselkursentwicklung wird deshalb von der EZB „sorgfältig beobachtet“. Zur Erhöhung der Leitzinsen hätte sie allerdings noch nicht berechtigt. Die Relation der Einfuhren zum Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone beträgt rund 15 %. Selbst eine Abwertung des Euro um ein Zehntel erhöht per se das Preisniveau im Euro-Raum nur um 0,2 %. Dieser Effekt würde nur dann die Preisstabilität gefährden, wenn er eine Kosten-Preis-Spirale auslöste; dafür spricht derzeit aber wenig.

Finanzpolitik

Nach der hier vorgelegten Prognose vollzieht sich der Rückgang der Staatsdefizite rascher als von der Bundesregierung zunächst erwartet. In ihrem Anfang 1999 der EU-Kommission vorgelegten „Stabilitätsprogramm“ ging sie noch von einer Defizitquote von 2 % für das Jahr 2000 aus. Allerdings hat die Regierung kürzlich ihr Defizitziel revidiert. Sie rechnet nun damit, dass bereits im Jahre 2001 die Defizite der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden können. Aus heutiger Sicht scheint dieses Ziel nicht sonderlich ehrgeizig. Doch stellt sich vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Frage, ob es in diesem Zeitraum tatsächlich erstrebenswert ist, dieses Ziel zu verfolgen.

Bisher hat die Bundesregierung ihren Sparkurs immer wieder mit dem Argument verteidigt, finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen zu wollen. Auch wenn es gute Gründe für die Staatsverschuldung gege-

Abbildung 16



ben hat: Die deutsche Einheit ebenso wie die lang anhaltende Wachstumsschwäche waren ohne Zweifel gute Gründe. Doch war der Anstieg viel zu rasant, und ein Abbau der Haushaltsdefizite ist notwendig. Allerdings, und auf diesen Punkt hat das DIW immer wieder hingewiesen, muss dabei das gesamtwirtschaftliche Umfeld berücksichtigt werden. Es kommt auf das richtige Timing an. Dies schien bisher nicht gewährleistet zu sein.

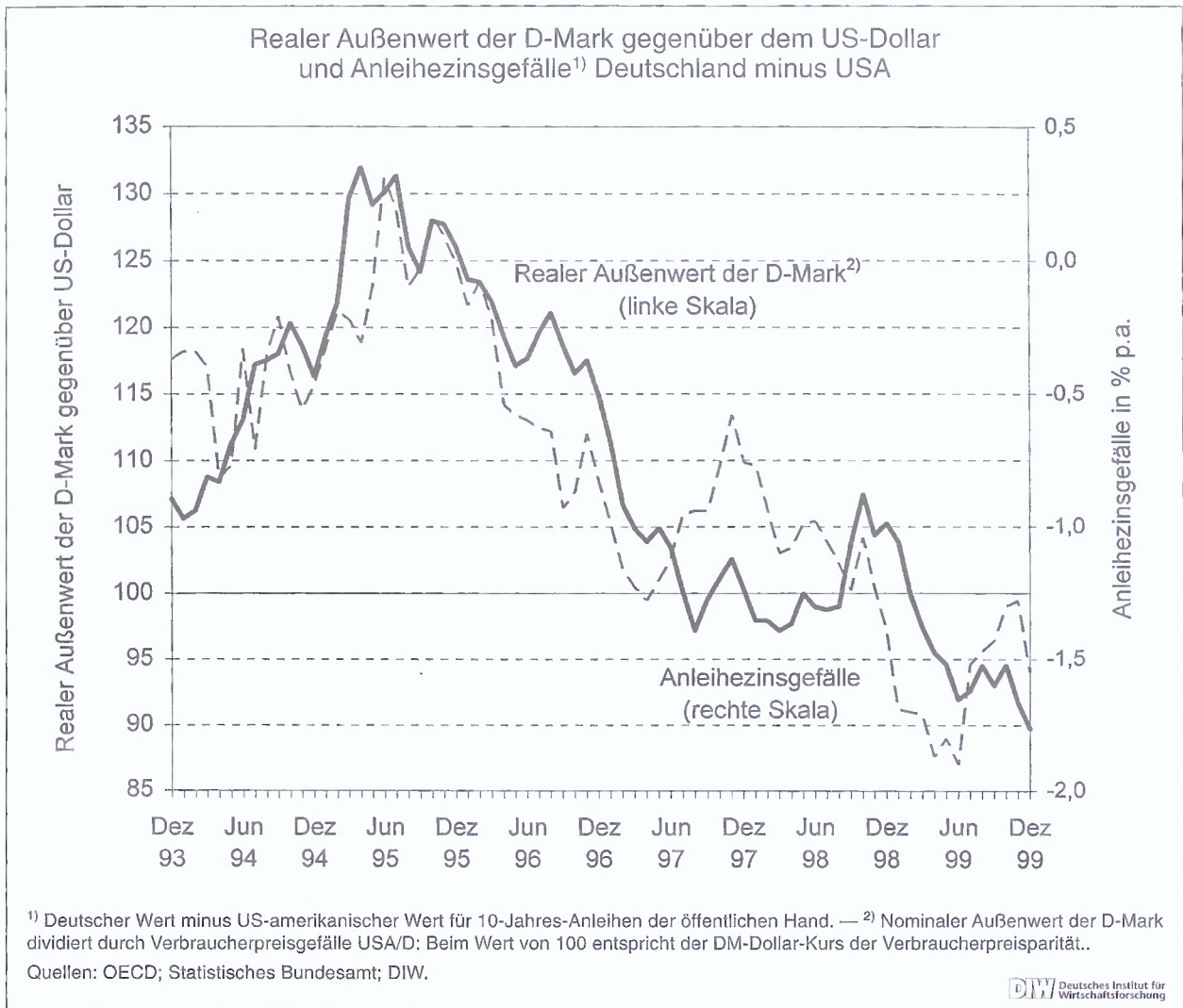
Das DIW hatte — im Einklang mit den anderen Forschungsinstituten — dafür plädiert, die für 2002 geplanten Steuerentlastungen vorzuziehen, um der Wirtschaft die notwendigen Impulse zu geben, damit das Wirtschaftswachstum auf einen Pfad einmündet, der die Zahl der Beschäftigten nachhaltig erhöht. Überraschend ist die Bundesregierung kurz vor Weihnachten 1999 den Forderungen insoweit gefolgt, als diese Entlastungen — neben der Reform der Unternehmensbesteuerung — bereits im Jahre 2001 wirksam werden sollen. Darüber hinaus hat sie weitere Entlastungen in Höhe von 34 Mrd. DM bis zum Jahre 2005 angekündigt: Der Eingangsteuersatz soll bis

dahin auf 15%, der Spitzensteuersatz auf 45% sinken; der Grundfreibetrag soll auf 15000 DM angehoben werden. Den Hintergrund für diese Entscheidung bildet die günstige Entwicklung der Defizite.

Diese Pläne sind uneingeschränkt zu begrüßen. Zwar werden die Steuerentlastungen nicht die restriktiven Wirkungen des Sparprogramms in diesem Jahr aufheben. Doch mindern sie die Befürchtung, dass wegen fehlender expansiver Impulse durch die Wirtschaftspolitik die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung bereits frühzeitig erlahmt. In jedem Falle werden die geplanten Steuerentlastungen die Erwartungen der Investoren und Konsumenten positiv beeinflussen. Je mehr dadurch die konjunkturelle Expansion gefördert wird, um so eher sind auch längerfristige Mehreinnahmen zu erwarten; die Defizite werden im Aufschwung gleichsam automatisch zurückgeführt. Wird in dieser Phase strenge Ausgabendisziplin gewahrt, so dürften schon bald Überschüsse erzielt werden.

Wie immer bei Steuerentlastungen stellt sich die Frage, welche Haushaltsebene die Entlastungen vorfinanziert.

Abbildung 17



Es ist evident, dass Bund und Länder bei steuerpolitischen Entscheidungen kooperieren und jede Ebene einen „angemessenen“ Beitrag leisten muss. Die Verpflichtung der Länder zur Unterstützung des Bundes leitet sich aus ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung ab; dies drückt sich zum Beispiel darin aus, dass die Länder in ihrem Verhalten die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu berücksichtigen haben. Die Haushalte von Bund und Ländern dürften sich in den nächsten Jahren in einer Weise entwickeln, dass sie trotz der Steuerentlastungen nicht mit den verfassungsrechtlichen Grenzen der Verschuldung in Konflikt geraten.

Im Zusammenhang mit der Lastenverteilung sowie der geplanten Unternehmenssteuerreform⁹ stellt sich aber auch die Frage, ob die Gemeinden auf Einnahmen verzichten müssen. Denn nunmehr ist geplant, daß diejenigen Personengesellschaften, die von der Reform nicht profitieren, weil ihre Gewinne (und damit Steuersätze) zu niedrig sind, ihre Gewerbesteuerschuld mit der Einkommen-

steuerschuld verrechnen können. In jedem Falle sollten die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden. Zum einen erfüllen sie ausschließlich Aufgaben, die lokal eng begrenzt sind; Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums sind in erster Linie Aufgabe des Zentralstaates, der in Deutschland allerdings auch die Länder umfasst, da Bund und Länder ihre Kompetenzen „gemeinschaftsgemäß“ wahrnehmen. Zum anderen ist der Hinweis auf die relativ positive Finanzlage der Gemeinden wenig stichhaltig: Bei ihnen ist nicht der Finanzierungssaldo das Kriterium zur Beurteilung der Finanzlage, sondern die Entwicklung der Investitionen. Sie waren in den letzten Jahren stark rückläufig.

⁹ Das DIW hat sich verschiedentlich zur Unternehmenssteuerreform geäußert. Als problematisch wird die Spreizung der Steuersätze zwischen dem Satz für thesaurierte Gewinne von Kapitalgesellschaften und dem Spitzensatz bei der Einkommensteuer angesehen, da dies zu Fehlallokationen des Kapitals führen kann.

Zur Lohnpolitik im Jahre 2000

Im vergangenen Jahr nahmen die Tarifeinkommen nach mehreren Jahren der Lohnzurückhaltung etwas stärker zu. Allerdings wurden in wichtigen Tarifbereichen auch Einmalzahlungen vereinbart, die an den wirtschaftlichen Erfolg einer Branche geknüpft waren. Diese Einmalzahlungen wurden mit der in einigen — insbesondere exportorientierten Bereichen — außerordentlich günstigen Gewinnentwicklung der Unternehmen begründet. In der Metallindustrie stiegen die Tariflöhne infolgedessen — bei Neuabschlüssen von gut 3% — im Jahresdurchschnitt 1999 um insgesamt 4,2%. Da jedoch nicht in allen Tarifbereichen Einmalzahlungen vereinbart wurden und die Neuabschlüsse außerhalb der Metallindustrie niedriger ausfielen, lagen die Tariflöhne im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr um 2,8% über dem Vorjahresniveau.

Das DIW hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach für eine eher mittelfristige Orientierung der Lohnpolitik an der Entwicklung der trendmäßigen Produktivität und der Zielinflationsrate der Zentralbank ausgesprochen. Eine derartige Strategie würde die Lohnentwicklung verstetigen, und es würden sowohl inflatorische als auch deflatorische Tendenzen vermieden. Die jährliche Zuwachsrate des längerfristigen Produktivitätstrends betrug rund 2½%. Bei einer von der EZB tolerierten Inflationsrate von etwa 1½% läge der stabilitätskonforme Pfad der Lohnentwicklung folglich bei rund 4%. Bei Lohnzuwächsen je Stunde, die diesen Rahmen nicht überschreiten, geriete die Lohnpolitik nicht in einen Konflikt mit der Stabilitätspolitik der Zentralbank. Die Lohnstückkosten als ein Frühindikator für die Inflationsentwicklung würden dann mit einer Rate von 1½% steigen. Ein solcher Zuwachs ist im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unproblematisch, wenn die Lohnstückkosten in anderen Ländern nicht stärker steigen. Dieser gesamtwirtschaftliche Rahmen für die Lohnentwicklung schließt Differenzierungen in einzelnen Bereichen nicht aus.

Mit Neuabschlüssen von rund 3% hat die Lohnpolitik sich im vergangenen Jahr wieder etwas mehr der trendmäßigen Entwicklung der Produktivität angenähert. Diesen Weg gilt es behutsam weiter zu verfolgen. Mit den zu erwartenden Tarifierhebungen um ebenfalls 3% in diesem Jahr würde die Lohnpolitik diesen Anforderungen etwa entsprechen. Bei Abschlüssen in dieser Größenordnung würden die Stundenlöhne im Jahresdurchschnitt 2000 nur um gut 2% zunehmen, da die Einmalzahlungen vom vergangenen Jahr das Tarifniveau nicht dauerhaft angehoben haben.

Dabei ist vor allem wichtig, sprunghafte Veränderungen der Lohnentwicklung zu vermeiden; die Lohnpolitik

sollte wie die Geld- und Finanzpolitik eher einem potentialorientierten Pfad folgen. Eine derartige lohnpolitische Strategie wirkt durch die Nominallohnrigidität konjunktur-stabilisierend. Im Aufschwung wird die Nachfragedynamik nicht noch verstärkt und der Druck auf die Preise durch stabile Lohnstückkosten begrenzt. Beides wirkt einer Beschleunigung der Inflation entgegen und verhindert eine durch die Zentralbank ausgelöste Stabilisierungsrezession. Im Abschwung dagegen wirkt die Orientierung an der Trendproduktivität über die Verstetigung des privaten Verbrauchs quasi wie ein automatischer Stabilisator; zudem werden deflatorische Tendenzen durch sinkende Lohnstückkosten verhindert. Sprunghafte Veränderungen der relativen Preise wie Ölpreisschocks oder Erhöhungen der Mehrwertsteuer, die bei rigiden Preisen tendenziell zu Preisniveauerhöhungen führen, gehen bei einer derartigen Strategie ebenfalls nicht in die Lohnentwicklung ein. Ein Preisniveausprung führt in diesem Fall nicht zu einer dauerhaften Beschleunigung der Inflationsrate.

Die Lohnpolitik der vergangenen Jahre war aber gerade nicht von einer stetigen und potentialorientierten Entwicklung geprägt. Nach mehreren Jahren deutlicher Lohnzurückhaltung am Ende der achtziger Jahre stiegen die Stundenlöhne im Gefolge des Vereinigungsbooms in den Jahren 1990 bis 1993 mit Raten von bis zu 8%. Als Reaktion auf die Rezession gingen die Lohnsteigerungen im Jahre 1994 auf gut 2½% zurück. In der Lohnrunde 1995 lagen die Lohnsteigerungen je Stunde jedoch bereits wieder über 5%. Die Jahre 1996 bis 1998 waren dagegen mit Raten von rund 2% von ausgeprägter Lohnzurückhaltung gekennzeichnet. Dies ist wohl der entscheidende Unterschied zur Lohnentwicklung in den USA. Die Zuwächse der Lohnkosten insgesamt waren in beiden Ländern mit durchschnittlich 3% in den neunziger Jahren nach Überwindung der Rezession etwa gleich.¹⁰ Allerdings war die Varianz in Deutschland um ein Vielfaches größer.¹¹

Die Lohnpolitik in Deutschland bedarf daher dringend einer Verstetigung. Das Bündnis für Arbeit wäre das geeignete Forum, um sich über einen mittelfristigen Pfad der Lohnentwicklung zu verständigen. Würden sich bereits die Forderungen der Gewerkschaften und die Angebote der Arbeitgeber an diesem Pfad orientieren, könnten extreme Abschlüsse wie in der Vergangenheit vermieden werden.

¹⁰ USA: 1992 bis 1999; Deutschland: 1993 bis 1999.

¹¹ Die Standardabweichung der Zuwachsraten während dieses Zeitraums lag in den USA bei 0,4, in Deutschland dagegen bei 1,3.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 1999 und 2000
Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	0,4	0,3	0,2	0,7	0,0	-0,2	0,5
Arbeitszeit	-0,4	-0,6	0,0	-0,9	-0,3	-0,2	0,1
Arbeitstage	0,7	0,5	-0,1	0,6	0,4	0,8	-2,6
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹⁾	0,7	0,2	-0,8	0,4	0,1	0,4	-2,0
Produktivität ²⁾	1,5	1,0	3,3	0,6	1,5	2,1	4,4
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995	2,2	1,3	2,4	1,0	1,5	2,5	2,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts zu jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 174,7	2 234,5	2 309,0	1 088,6	1 145,9	1 124,1	1 185,0
Konsumausgaben des Staates	719,4	733,7	742,4	350,4	383,3	354,3	388,1
Anlageinvestitionen	797,2	807,7	829,1	385,7	422,0	393,4	435,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	336,5	353,3	376,5	168,0	185,3	176,5	200,0
Bauten	460,7	454,5	452,5	217,7	236,7	216,9	235,6
Vorratsveränderungen	29,6	35,7	31,5	30,3	5,4	28,4	3,1
Letzte inländische Verwendung	3 720,9	3 811,6	3 912,0	1 855,0	1 956,7	1 900,1	2 011,9
Außenbeitrag	63,3	51,9	63,6	23,7	28,3	28,5	35,1
Exporte	1 092,1	1 122,4	1 242,9	538,2	584,2	602,5	640,4
Importe	1 028,9	1 070,4	1 179,3	514,5	555,9	574,0	605,3
Bruttoinlandsprodukt	3 784,2	3 863,6	3 975,6	1 878,6	1 985,0	1 928,6	2 046,9

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	3,2	2,7	3,3	2,8	2,7	3,3	3,4
Konsumausgaben des Staates	0,7	2,0	1,2	2,2	1,8	1,1	1,3
Anlageinvestitionen	1,6	1,3	2,6	1,6	1,1	2,0	3,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,3	5,0	6,6	7,2	3,1	5,1	8,0
Bauten	-4,0	-1,3	-0,4	-2,3	-0,4	-0,4	-0,5
Letzte inländische Verwendung	3,0	2,4	2,6	2,7	2,2	2,4	2,8
Exporte	7,0	2,8	10,7	-0,8	6,3	12,0	9,6
Importe	6,4	4,0	10,2	0,7	7,3	11,6	8,9
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,1	2,9	2,2	2,0	2,7	3,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts zu Preisen von 1995
a) Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 078,8	2 117,7	2 165,7	1 034,7	1 083,0	1 056,8	1 108,9
Konsumausgaben des Staates	708,0	711,3	712,2	352,0	359,3	353,1	359,1
Anlageinvestitionen	796,7	812,1	832,9	387,5	424,6	395,5	437,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	331,0	349,6	371,9	166,1	183,6	174,5	197,4
Bauten	465,7	462,4	461,0	221,4	241,0	221,1	240,0
Vorratsveränderungen	34,7	36,1	31,9	30,7	5,4	28,8	3,1
Letzte inländische Verwendung	3 618,1	3 677,2	3 742,6	1 804,9	1 872,4	1 834,2	1 908,4
Außenbeitrag	60,5	47,9	72,9	17,0	30,8	33,6	39,3
Exporte	1 075,6	1 112,0	1 212,5	534,8	577,3	591,2	621,3
Importe	1 015,0	1 064,2	1 139,6	517,8	546,4	557,6	582,0
Bruttoinlandsprodukt	3 678,6	3 725,1	3 815,5	1 821,9	1 903,2	1 867,7	1 947,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2,3	1,9	2,3	2,1	1,6	2,1	2,4
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,5	0,1	0,2	0,7	0,3	-0,1
Anlageinvestitionen	1,4	1,9	2,6	2,3	1,6	2,1	3,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,9	5,6	6,4	8,0	3,6	5,1	7,5
Bauten	-3,9	-0,7	-0,3	-1,7	0,2	-0,2	-0,4
Letzte inländische Verwendung	2,5	1,6	1,8	2,0	1,2	1,6	1,9
Exporte	7,0	3,4	9,0	0,2	6,5	10,5	7,6
Importe	8,5	4,8	7,1	3,9	5,7	7,7	6,5
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,3	2,4	1,0	1,5	2,5	2,3

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 1999 und 2000
Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	0,9	0,9	1,1	0,7	1,0	1,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,3	1,5	1,1	1,9	1,1	0,8	1,3
Anlageinvestitionen	0,1	-0,6	0,1	-0,6	-0,5	-0,1	0,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	-0,6	0,2	-0,8	-0,5	0,0	0,4
Bauten	-0,1	-0,7	-0,1	-0,7	-0,6	-0,2	0,0
Exporte	0,0	-0,6	1,6	-1,1	-0,2	1,3	1,8
Importe	-2,0	-0,8	2,9	-3,1	1,5	3,6	2,2
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,8	0,5	1,2	0,5	0,1	0,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Arbeitsentgelte	2001,8	2042,6	2077,7	960,9	1081,8	975,5	1102,2
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1605,8	1641,2	1671,4	769,6	871,6	782,7	888,6
Nettolohn- und -gehaltsumme	1021,6	1038,3	1056,6	486,9	551,4	494,5	562,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	821,4	817,7	875,7	418,9	398,8	440,5	435,2
Volkseinkommen	2823,2	2860,4	2953,4	1379,8	1480,6	1416,0	1537,4
Abschreibungen	561,5	573,7	583,7	285,7	288,0	289,7	294,0
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	369,3	393,6	409,6	197,8	195,7	206,9	202,7
Bruttonationaleinkommen	3754,1	3827,6	3946,7	1863,4	1964,3	1912,6	2034,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Arbeitsentgelte	1,6	2,0	1,7	2,4	1,8	1,5	1,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,6	2,2	1,8	2,5	2,0	1,7	2,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,7	1,6	1,8	2,1	1,2	1,6	1,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,5	1,9	1,7	1,8	2,1	2,0	1,4
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,5	1,3	1,6	1,4	1,3	1,8	1,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5,3	-0,4	7,1	0,4	-1,3	5,1	9,1
Volkseinkommen	2,6	1,3	3,3	1,7	0,9	2,6	3,8
Abschreibungen	2,8	2,2	1,7	2,3	2,0	1,4	2,1
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	5,1	6,6	4,1	7,5	5,6	4,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	2,9	2,0	3,1	2,4	1,5	2,6	3,6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	1021,6	1038,3	1056,6	486,9	551,4	494,5	562,1
Übertragene Einkommen ⁴⁾	760,8	777,4	790,1	388,5	388,9	395,5	394,6
vom Staat	703,5	719,0	730,4	360,2	358,8	366,5	363,9
sonstige übertragene Einkommen	57,3	58,5	59,7	28,3	30,1	29,0	30,7
Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen	813,8	838,6	890,2	438,9	399,7	464,3	425,8
Saldo der sonstigen Transfers	-62,7	-75,4	-77,8	-37,0	-38,3	-38,2	-39,6
Abzüge:							
Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,6	139,5	139,8	70,1	69,4	70,3	69,6
Verfügbares Einkommen⁵⁾	2392,8	2439,5	2519,2	1207,3	1232,2	1245,8	1273,4
nachr.: Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	23,8	21,9	21,9	9,7	12,2	9,7	12,2
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2174,7	2234,5	2309,0	1088,6	1145,9	1124,1	1185,0
Sparen	241,9	226,8	232,0	128,4	98,4	131,4	100,6
Sparquote in % ⁶⁾	10,0	9,2	9,1	10,6	7,9	10,5	7,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	1,7	1,6	1,8	2,1	1,2	1,6	1,9
Übertragene Einkommen ⁴⁾	1,9	2,2	1,6	2,1	2,1	1,8	1,5
Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen	6,5	3,1	6,1	2,5	3,7	5,8	6,5
Verfügbares Einkommen⁵⁾	2,8	2,0	3,3	1,5	2,4	3,2	3,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	3,2	2,7	3,3	2,8	2,7	3,3	3,4
Sparen	-1,1	-6,2	2,3	-9,7	-1,2	2,4	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 1999 und 2000
Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	872,9	932,1	958,6	450,8	481,3	463,1	495,5
Sozialbeiträge	726,1	733,9	744,9	352,0	381,9	358,0	386,9
Vermögenseinkommen	35,7	30,9	29,0	21,3	9,6	19,0	10,0
Sonstige Einnahmen ⁸⁾	129,9	129,5	129,5	61,0	68,6	60,9	68,6
Insgesamt	1 764,5	1 826,4	1 862,0	885,1	941,3	901,1	961,0
Ausgaben							
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁹⁾	742,8	758,8	769,0	358,9	400,0	363,9	405,1
Vermögenseinkommen	135,2	140,5	142,8	69,0	71,5	69,5	73,3
Subventionen	69,4	72,1	73,5	31,4	40,7	31,5	42,0
Monetäre Sozialleistungen	712,9	728,7	740,5	364,9	363,8	371,4	369,1
an private Haushalte	703,5	719,0	730,4	360,2	358,8	366,5	363,9
an die übrige Welt	9,4	9,7	10,1	4,7	5,0	4,9	5,2
Sonstige laufende Transfers	51,8	59,5	60,3	25,0	34,5	25,4	34,9
Vermögenstransfers	53,9	55,2	56,1	23,2	32,0	23,5	32,6
Bruttoinvestitionen ¹⁰⁾	63,2	65,4	64,4	29,1	36,3	28,2	36,2
Insgesamt	1 829,0	1 880,0	1 906,6	901,3	978,7	913,4	993,3
Finanzierungssaldo	-64,5	-53,7	-44,6	-16,3	-37,4	-12,3	-32,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,5	6,8	2,8	8,5	5,2	2,7	2,9
Sozialbeiträge	0,9	1,1	1,5	1,0	1,1	1,7	1,3
Vermögenseinkommen	15,5	-13,3	-6,2	-14,9	-9,5	-11,0	4,4
Sonstige Einnahmen ⁸⁾	-0,6	-0,3	0,0	-0,5	-0,1	-0,1	0,1
Insgesamt	3,3	3,5	2,0	4,1	3,0	1,8	2,1
Ausgaben							
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁹⁾	0,5	2,2	1,3	2,1	2,3	1,4	1,3
Vermögenseinkommen	0,7	4,0	1,6	4,4	3,5	0,7	2,6
Subventionen	3,4	3,9	2,0	7,5	1,3	0,4	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,2	1,6	2,1	2,3	1,8	1,5
an private Haushalte	1,1	2,2	1,6	2,1	2,3	1,8	1,4
an die übrige Welt	3,9	3,1	3,5	3,1	3,1	3,0	4,0
Sonstige laufende Transfers	9,5	14,8	1,4	-1,7	30,7	1,8	1,2
Vermögenstransfers	19,1	2,3	1,7	1,8	2,7	1,5	1,9
Bruttoinvestitionen ¹⁰⁾	-6,4	3,5	-1,4	9,7	-1,0	-3,0	-0,1
Insgesamt	1,3	2,8	1,4	2,5	3,0	1,3	1,5

¹⁾ Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des DIW. — ²⁾ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. — ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁴⁾ Monetäre Sozialleistungen. — ⁵⁾ Ausgabenkonzept. — ⁶⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — ⁷⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ⁸⁾ Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen. — ⁹⁾ Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben. — ¹⁰⁾ Einschließlich Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW. 1999 und 2000 Schätzung und Prognose des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2000. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Straße 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—,
zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304